

POLITIK / KOMMENTAR

Berlin - Schule und Bundeswehr ...

(SB) - Wie die heftigen Reaktionen zeigen, gleicht der Beschluß des Berliner Landesverbands der SPD, ein Werbeverbot der Bundeswehr an Schulen herbeizuführen, einem Stich ins Wespennest. "Es wird militärischen Organisationen untersagt, an Berliner Schulen für den Dienst und die Arbeit im militärischen Bereich zu werben", hieß es in dem Text. Der Antrag zielt darauf ab ... (S. 8)

POLITIK / MEINUNGEN

Ernährung - Welthungerhilfe ein Teil des Problems ...

(SB) - Die weltweite Hungerhilfe globaladministrativer Institutionen lindert regelmäßig den Nahrungsmangel von Millionen Menschen, dient aber zugleich als Feigenblatt einer gesellschaftlichen Ordnung, in der laufend weiter Hunger produziert wird ... (S. 10)

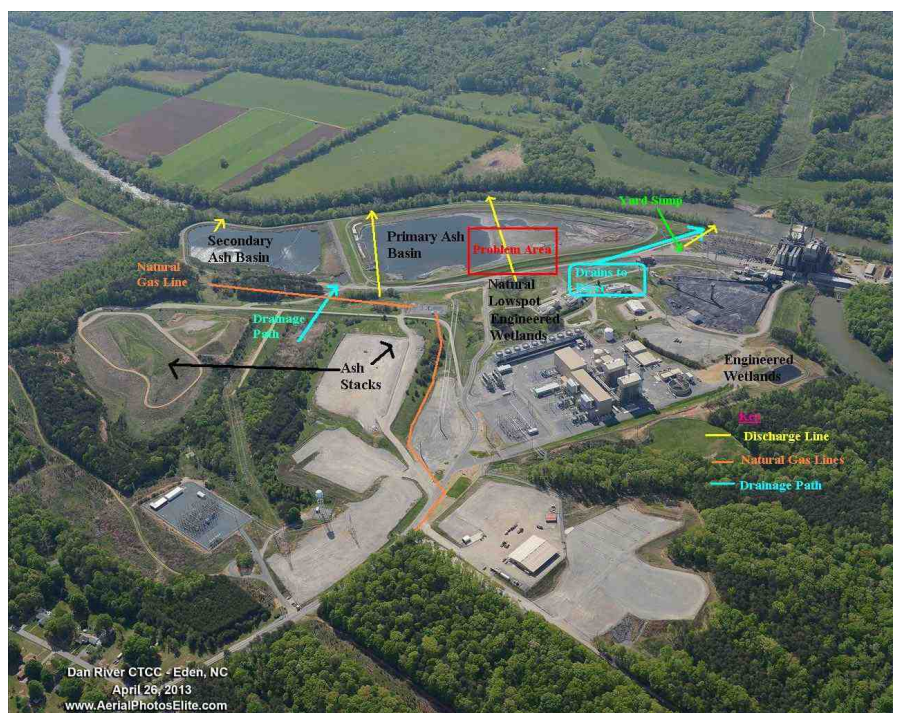
KINDERBLICK

Trinkwasser - Vorkommen und Verteilung ...

(SB) - Vielleicht hat der eine oder andere im letzten Sommer (2018) eine Ahnung davon bekommen, wie es sein könnte, wenn über längere Zeiträume die Temperaturen ungewöhnlich ... (S. 27)

Kohlenasche -

Kontamination stärker als erkannt ...



Gefahr erkannt, aber nicht gebannt. Die Nähe der Ascheberge zum Fluß Dan und die problematische Drainageführung wurde bereits 2013 schematisch anhand einer Luftaufnahme des Geländes dargestellt.

Foto: U.S. Environmental Protection Agency (EPA), Atlanta, GA. / Eden NC Coal Ash Spill. (gemeinfrei)

(SB) 2. April 2019 - Jedes Jahr produzieren Kraftwerke nicht nur Strom und Wärme, sondern auch immense Mengen an Müll. Die

Lagerung und Entsorgung dieser Hinterlassenschaften stellen allerdings weltweit ein Problem dar, für das es nur wenige, meistens sehr schlechte Lösungen gibt. Doch während zumindest hin und wieder die Risiken durch radioaktive Abfälle, die beim Betrieb von Atomkraftwerken anfallen, diskutiert werden, hat man bei anderen Energieträgern, wie die wegen des Ausstoßes an klimarelevantem CO₂ in Verruf geratenen "Fossilien" (Kohle, Erdgas oder Öl), mögliche weitere Gefahren für Umwelt und Gesund-

heit weniger im Blick. Doch die sind bei mehr als 800 Milliarden Tonnen an Kohlenasche, die dabei jährlich anfallen, wesentlich größer als bisher vermutet. Laut einem Vergleich, den der Deutschlandfunkjournalist Volker Mrasek in einer Sendung vor drei Jahren anstellte [1], würde allein diese Abfallmenge ausreichen, um 100 Fußballfelder unter einer einen Kilometer dicken

Wasserläufen errichtet werden, wird die nächste Umweltkatastrophe auf diese Weise schon vorprogrammiert. Allerdings scheinen die Berge noch immer nicht bedrohlich genug zu sein, um den Verantwortlichen als potentielle Gefahr ins Auge zu springen. Der Umgang mit der Asche wird nach wie vor "lax" gehandhabt, trotz zahlreicher umweltgefährdender Unglücke in der Vergangenheit.

Begleiterscheinung des Klimawandels: Rutschende Aschehalden?

Die problematischen Zusammenhänge hätten bereits 1998 erkannt werden können, als ein gewaltiger Aschekoloß im Bundesstaat Tennessee kollabierte und vier Millionen Kubikmeter Aschenschlamm den einfachen Erdamm, der den Müll zurückhalten



© Waterkeeper Alliance

Kruste aus Kohlenasche verschwinden zu lassen. Und tatsächlich werden auf diese Weise die Abfälle der Energiegewinnung unaufwendig zu Hügeln oder Halden auf dem Gelände ihrer Anlage bis zu 30 Meter hoch aufgetürmt, so daß man kein Fachmann sein muß, um zu erkennen, daß diese Art der Billigstentsorgung zumindest rutschgefährdet ist. Da alle Kraftwerke viel Wasser brauchen und vorzugsweise in der Nähe von

Am 2. Februar 2014 vergifteten 82.000 Tonnen Kohlenasche durch den Bruch einer Entwässerungsleitung den Dan.

Blick auf das eingestürzte Kohlenaschebecken und das geschlossene Kraftwerk der Dan River Steam Station (Duke Energy), Eden, North Carolina.

Foto: 2014 by Waterkeeper Alliance/Rick Dove CC-BY-NC-2.0 [creativecommons.org/licenses/by-nc/2.0/] via Flickr

sollte, durchbrachen. Der Aschestrom richtete große Schäden in einem Tal an, zerstörte Häuser und löste in den Wasserläufen der Region ein beispielloses Fischsterben aus. Denn Kohlenaschen sind nicht nur schmutzig, sie enthalten jede Menge an toxische Substanzen. Je nach Abbaugbiet können das Arsen, Beryllium, Bor, Blei, Cadmium, Chrom, Fluor, Kobalt, Kupfer, Lithium, Mangan, Molybdän, Nickel,

Quecksilber, Selen, Sulfat aber auch Thallium, Vanadium oder Zink sein. Die Verbindungen sammeln sich in wahlloser Zusammensetzung und Konzentration bei der Verbrennung von Kohle in jeder Form der unter dem Oberbegriff "Kohlenaschen" zusammengefaßten Verbrennungsrückstände, wie die dabei entstehende Schlacke, die pulverartige Flugasche, die in Kaminen zu finden ist, sowie den synthetischen Gips, ein Nebenprodukt aus den Abgasen der Kraftwerke. Diese Materialien lagern jahrzehntelang in Deponien über oder unter der Erde und das auch noch, wenn die Kraftwerke für die Energiewende oder aus klimapolitischen Gründen längst geschlossen wurden. US-weit gibt es mehr als 1100 davon.

Rutschende Aschehalden und andere Unfälle auf Aschedeponien, bei denen Schadstoffe in Grund- und Fließgewässer eingetragen werden, sind in den Vereinigten Staaten kein Einzelfall. Seit 12 Jahren wurden mindestens 50 Vorfälle dieser Art registriert, zuletzt 2018 in North Carolina durch die Hochwasserkatastrophe in Folge des Tropensturms "Florence" [2]. Sie entstehen auch, wenn bei einer Routine-Inspektion etwas übersehen wird - etwa Anzeichen von Erosion oder Aussickern - oder wenn die Ascheansammlungen im Freien zu feucht werden. Das Material liegt dann nicht mehr fest vor und gibt der Schwerkraft nach. Und: "Wenn zu viel Regen auf einen Schlag fällt, werden die Dämme sehr leicht durchlässig", erklärte Dr. Rebecca Lordan-Perret (Universität Basel) vor drei Jahren im Deutschlandfunk. [1]

Umweltkatastrophen dieser Art werden demzufolge vor dem Hintergrund der Klimaveränderungen eine weitere Dimension erhalten, denn sie könnten bei der sich abzeichnenden, krassen Zunahme von Häufigkeit und Intensität der Wetterphänomene - von Starkregenereignissen bis zu Hurrikans (s.o.) - weltweit anwachsen, wenn sich die Praktiken der Aschelagerung und -entsorgung nicht ändern. An dieser Stelle soll sich jedoch vor allem mit der permanent stattfindenden schleichenden Kontamination der Umwelt und vor allem des Grundwassers befaßt werden, die in besorgniserregenden Ausmaß alle aktiven wie stillgelegten Deponien betrifft.



Damnbrüche sind kein Einzelfall. Einbruch des Schutzwalls auf dem Gelände der Duke Energy Station. Foto: 2014 U.S. Environmental Protection Agency (EPA) / Eden NC Coal Ash Spill. (gemeinfrei)

Zu diesem Ergebnis kam eine bis heute wenig beachtete Studie, die gemeinsam von einer Vielzahl an US-Umweltorganisationen wie Environmental Integrity Project,

Earthjustice, Prairie Rivers Network und Sierra Club zur Verschmutzung des Grundwassers durch Kohlenaschedeponien durchgeführt wurde und bereits im Herbst letzten Jahres erschien. Nach Durchsicht und Analyse der von Kraftwerkbetreibern zur Verfügung gestellten Monitoring Daten wurden im Umkreis von 242 von insgesamt 265 Kohlekraftwerken der Vereinigten Staaten etwa 20 verschiedene toxische Chemikalien in unterschiedlichen Kombinationen in umliegende Gewässer freigesetzt. Kritische Werte wurden dabei beispielsweise für Selen, Quecksilber, Cadmium und Arsen festgestellt, die laut EPA entweder krebserre-

gend oder mit anderen schwerwiegenden gesundheitlichen Auswirkungen verbunden sind. Bei 60 Prozent der Anlagen wurden zudem erhöhte Lithiumkonzentrationen nachgewiesen, die u.a. neurologische Schäden verursachen.

Schlußendlich kontaminieren mindestens 91 Prozent aller US-Kraftwerke Grundwasser mit to-

xischen Stoffen in bedenklichen Mengen. Vielfach hätten die ins Grundwasser gelangten giftigen Verunreinigungen die Grenzwerte der Environmental Protection Agency (EPA) um ein Vielfaches überschritten, hieß es weiter. So enthielt beispielsweise Grundwasser aus dem Boden des inzwischen stillgelegten Allen Fossil Kraftwerks, das zu den zehn schlimmsten Grundwasserverschmutzern der Untersuchung gehört, eine 350fache Konzentration der Arsenmenge, die als Grenzwert gilt. [3] Dieser wurde z.B. für Trinkwasser sowohl von der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der amerikanischen EPA (US Environmental Protection Agency) als auch durch die Trinkwasserverordnung mit 10 µg Arsen pro Liter festgelegt. Die 350fache Menge ergibt 3500 µg Arsen pro Liter oder 3,5 mg pro Liter. Danach könnten schon 15 Liter des Grundwassers in der Nähe des Kraftwerks ein sieben- oder achtjähriges Kind töten. [4]

Jahrzehntelanger Gifteintrag mit stillschweigender Duldung der obersten US-Umweltbehörde?

Die aktuelle Studie stützt sich auf Branchendaten, die aufgrund der noch unter der Obama Administration erlassenen, nationalen Vorschrift der U.S. Environmental Protection Agency (EPA) von 2015, die "Federal Coal Ash Rule", öffentlich zugänglich gemacht wurden. Sie umfassen Analysen und Berichte aus mehr als 550 Kohlenascheteichen und Deponien, sowie aus über 4.600 Grundwasserüberwachungsbohrungen. Allerdings fehlen die Meßwerte

von über einem Viertel der Kohlekraftwerke, die keine Daten erhoben haben. Sie konnten sich der Verpflichtung entziehen, weil sie entweder ihre Aschelager bereits vor Inkrafttreten der Verordnung geschlossen oder eine Freistellung oder Verlängerung der Berichtsfristen bzw. andere Ausnahmeregelungen erhalten hatten. [5] Wobei das Schließen einer Deponie nur ein symbolischer Akt ist. Das Risiko der Aschelagerung ist damit nicht aufgehoben.

Lisa Evans, Anwältin bei Earthjustice, bezeichnet das Ergebnis der gemeinsamen Studie als Weckruf, der ernst genommen werden sollte. "Anhand industrieeigener Offenlegungen zeigt unser Bericht, daß Kohlekraftwerke überall dort, wo sie in Betrieb sind, das Grundwasser relevant vergiften. Die Trump Administration setzt mit ihrem Vorhaben, staatliche Schutzmaßnahmen wieder rückgängig zu machen, vorsätzlich die Gesundheit von Menschen und Gemeinden aufs Spiel. Sie verschlimmert damit die ohnehin schon katastrophale Situation um ein Vielfaches", meinte sie. [6]

Die Analyse ergab zudem, daß die wenigsten Kohlenascheteiche (etwa 5 Prozent) über wasserdichte Auskleidungen verfügen, so daß Schadstoffe ungehindert ins Erdreich und von dort aus permanent ins Grundwasser gelangen. Zudem liegen mehr als die Hälfte der unterirdischen Deponien unterhalb des Grundwasserspiegels. Bei weiteren Beispielen war die natürliche Erdtrennschicht zwischen Depnieboden und Grundwasserleiter nur anderthalb Meter dick.

Neu sind diese Entdeckung allerdings nicht. Denn die Frage zur Durchlässigkeit wasserdichter Auskleidungen für Schadstoff-Deponien wurde auch schon 1987 in einer von der amerikanischen Umweltbehörde lancierten Studie aufgeworfen. Darin wurde festgestellt, daß es nach Stand der damaligen Technik keine Möglichkeit gibt, Deponien zu bauen, aus denen nichts herausickert. Man kam zu dem immer noch sehr optimistischen Ergebnis, daß unter Einsatz der besten Mittel (BDAT - "best demonstrated available technology") mit einer Durchlässigkeit durch kleinere Löcher und mechanische Schäden von zwischen 0,75 und 4 Litern pro Hektar und Tag gerechnet werden muß. [7] Dieser Mangel und die damit verbundene Umweltverschmutzung wurde seither stillschweigend in Kauf genommen.

Aus einer 10 Hektar großen Anlage konnten also seit Veröffentlichung der alten EPA-Studie vor 30 Jahren zwischen 82.125 bis 438.000 Liter Gift in die Umgebung entweichen. Was das für die Wasserqualität bedeutet, ist keine Frage. Schon weniger Gift kann eine Trinkwasserressource irreversibel unbrauchbar werden lassen.

Ein kritischer Kommentar zu dieser Hochrechnung kam 1989 zu dem Schluß, daß die zugrundeliegende Einschätzung den Sachverhalt beschönigt, da ein wichtiger Punkt in der EPA Studie nicht berücksichtigt worden sei. Die in Aschedeponien und Teichen verwendeten "Sicherheitsfolien", die ein Einsickern von schädlichen Stoffen in den

natürlichen Untergrund verhindern sollen, würden beim direkten Kontakt mit der Asche und ihren Chemikalien aufquellen und in ihrer Polymerstruktur durchlässiger werden. [8] Darüber hinaus zersetzen sich bekanntlich die meisten Kunststoffe nach Kontakt mit Asche schneller, so daß theoretisch aus foliengesicherten Deponien im Laufe der Jahre insgesamt sehr

als ungefährlich, angeblich auch um ein Stigma zu vermeiden, das eine angemessene Aufbewahrung und Wiederaufbereitung behindert, wie die EPA einräumte. Sie betonte jedoch, daß das mit Schwermetallen wie Arsen, Quecksilber oder Blei belastete Abfallprodukt angemessen behandelt werden müsse, um Gesundheitsgefahren für den Menschen auszuschließen.



viel mehr Gift entweichen konnte, als mit dem "Worst case"-Szenario der kleinen EPA-Studie errechnet wurde. Da fragt man sich, wie viele der 1100 US-Deponien das betrifft?

Noch im Jahr 2014 bezeichnete die Umweltbehörde EPA den Stoff Kohlenasche kurzerhand

Grundwasserkontamination nicht ausgeschlossen.

Ascheschlick dringt mit seinem hochkonzentrierten Schadstoff-Cocktail tief in den darunter liegenden Boden ein.

Foto: U.S. Environmental Protection Agency (EPA), Atlanta, GA. / Eden NC Coal Ash Spill. (gemeinfrei)

Die aktuelle Studie, über die sich nun manche die Haare raufen, als hätte man ein bisher unbekanntes Phänomen entlarvt, bestätigt somit eigentlich nur, was seit 30 Jahren verdrängt und geduldet, aber auch wissenschaftlich kommentiert und begleitet wurde, z.B. durch Projekte und Studien der Duke University, und sich seit Jahren für die industrielle Wiederverwertung der Asche einsetzen. [9] Doch paradoxerweise kaufen die USA sogar die Kohlenaschen-Abfälle von anderen Ländern wie Indien, die viel Kohle verbrennen und ihre Entsorgungsprobleme exportieren oder "outsourcen", als Rohmaterial für den Straßenbau, Beton oder Wandplatten. [10] Das ist sehr viel kostengünstiger, als die Millionen Tonnen an Asche fachgerecht aus den Deponien an den Flußufern zu holen, d.h. gewaltige Erdmassen umzuschichten, ohne dabei die Umwelt in noch größerem Umfang als bisher zu vergiften. Doch auch den importierten Kohlemüll irgendwo sicher und umweltneutral zwischenzulagern ist eine anspruchsvolle logistische Aufgabe, die neue Umweltprobleme schaffen könnte, wenn sie nicht angemessen gelöst wird.

Sanierungs- und Aufräumarbeiten sind aufwendig und teuer.

Foto: U.S. Environmental Protection Agency (EPA), Atlanta, GA. "Eden NC Coal Ash Spill." (gemeinfrei)



Ist es nicht letztlich diesem ambivalenten Verhalten zuzuschreiben, daß heute Wasserproben aus einem flachen Grundwasserleiter unter der Aschedeponie von Memphis, Tennessee, die 350fache Konzentration des zulässigen Grenzwerts an Arsen enthalten und darüber hinaus große Anreicherungen an Bor, Blei, Fluor und Molybdän, welche die als gesundheitlich unbedenklich geltenden Mengen ebenfalls weit überschreiten? Unter diesem beprobten Wasserleiter läge - so die Studie - noch ein weiterer, der mehr als 650.000 Menschen mit Trinkwasser versorgt. Die Gefahr, daß Verunreinigungen ihren Weg in diesen Leiter und damit in die Wasserversorgung der Stadt finden könnten, wird für äußerst akut gehalten. Ein Vertreter der an der Studie beteiligten Umweltorganisation "Sierra Club", Scott Banbury, der in Memphis ansässig ist, erklärte gegenüber dem Online Magazin "Inside Climate News": "Wenn die Dinge nicht bereinigt werden und wir die Asche nicht los werden, verseuchen wir eine der reinsten Trinkwasserquellen unseres Landes mit Arsen und anderen toxischen Verbindungen." [5]

So wie in Memphis, scheint aber auch an vielen anderen Orten der USA reines Trinkwasser ohnehin nicht mehr garantiert zu sein. Die "Top 10" der am stärksten kontaminierten Standorte, die aus der Studie hervorgehen, lesen sich wie das Giftbuch eines Chemieherstellers und Wasser fließt bekanntlich den Berg herunter. Hier nur ein zusammengefaßter Auszug daraus:

- Texas: Eine Stunde südlich von San Antonio, neben dem Kraft-

werk San Miguel, ist das Grundwasser unter einer Familienfarm mit mindestens 12 Schadstoffen verunreinigt, die aus Kohlenaschedeponien ausgetreten sind, darunter das laut EPA karzinogene Cadmium und das Nervengift Lithium in mehr als 100fach über den Grenzwerten liegenden Konzentrationen.

- North Carolina: 19 Kilometer westlich von Charlotte, an der Duke Energy's Allen Steam Station in Belmont, sickern schilddrüsengefährdendes Kobalt in einer Dosis, die den zulässigen Grenzwert 500fach überschreitet, sowie weitere acht Schadstoffe aus einer Deponie, die unter dem Grundwasserspiegel liegt.

- Wyoming: 300 Kilometer westlich von Laramie, im Einzugsbereich des Jim Bridger Kraftwerks von PacifiCorp in Point of Rocks, weist das Grundwasser einen 100fach über dem Grenzwert liegenden Lithiumgehalt auf, der für Menschen und Fische gesundheitsschädlich ist. Darüber hinaus enthält es bedenkliche Mengen an Selen.

Im Umkreis des Kraftwerks Naughton im Südwesten von Wyoming lassen sich im Grundwasser nicht nur entsprechende Konzentrationen für Lithium und Selen nachweisen, es enthält auch Arsen in fünfmal höherer Konzentration, als laut Grenzwert für vertretbar gilt.

- Pennsylvania: Eine Stunde nordwestlich von Pittsburgh, in Nähe des New Castle Kraftwerks, liegen die Arsenwerte im Grundwasser sogar 372mal über dem sicheren Niveau [4].

- Maryland: 30 Kilometer südöstlich von Washington, D.C., hat Asche aus drei Kraftwerken, die auf der Brandywine Deponie in

Prince George's County gelagert werden, das Grundwasser mit relevanten gesundheitsschädlichen Mengen von mindestens acht Schadstoffen kontaminiert, darunter die 200fach bzw. 100fach über dem Grenzwert aufkonzentrierten Mengen an Lithium und Molybdän, die als nieren- bzw. lebertoxisch gelten. Der kontaminierte Grundwasserleiter speist in diesem Fall die nahegelegenen Flußläufe.

Den Schluß der "toxischen Zehn" bilden die Hunter Power Plant in Utah sowie die Kraftwerke R.D. Morrow Sr. in Mississippi und Gent nordöstlich von Louisville, Kentucky. Diese verseuchen das Grundwasser nicht nur mit hohen Mengen an Bor, Kobalt, Lithium und Molybdän, sondern teilweise auch mit radioaktivem Radium [5]

In wieweit das Trinkwasser selbst durch die verunreinigten Grundwasser-Ressourcen schon betroffen ist, konnten die Forscher der Studie nicht sicher sagen, weil Energieversorger nicht verpflichtet wären, auch die privaten Trinkwasserbrunnen wasserhygienisch zu überwachen. Der Bericht legt aber die Möglichkeit nahe, da es bereits mehrere gut dokumentierte Fälle gibt, in denen Schadstoffe aus Kohlenaschen in das Leitungswasser in Wohngebieten von Montana, Wisconsin, Virginia, Maryland, Pennsylvania und Tennessee nachweislich eingetragen wurde.

Angesichts früherer Praxis (s.o.) scheint es nun fraglich, ob die Entscheidungsträger in den Vereinigten Staaten aufgrund einer gemeinsamen Studie amerikanischer Umweltverbände tatsächlich

mehr Handlungsbedarf erkennen als zuvor. Mit ziemlicher Sicherheit soll zunächst eine weitere, diese Zahlen bestätigende Untersuchung durch unabhängige Institute abgewartet werden. Doch die Evaluierung der Ergebnisse könnte in Zukunft durch den Umstand erschwert werden, daß die derzeitige US-Regierung die aus der Obama Administration stammenden Verordnungen für den Umgang mit der Asche, zu denen auch das Offenlegen der Branchendaten gehört, wieder rückgängig machen will. Kurz: Ohne Daten - keine Kontamination, kein Problem!



Keine Daten - Kein Problem? Grundwasserleiter oder Drainagen speisen in der Regel die Teiche oder Fließgewässer der Umgebung, wie dieser Abfluß, der in den Dan mündet. Ein Blick auf den Auslaß der Regenwasserkanalisation, die unter dem Aschenteich verläuft und im Steilufer des Flusses endet. Man sieht deutlich die Aschefahne im Fluß. - Foto: U.S. Environmental Protection Agency (EPA), Atlanta, GA. "Eden NC Coal Ash Spill." (gemeinfrei)

Wie die US-Botschaft Deutschland auf ihrer Homepage schreibt, arbeite Präsident Trump unermüdlich daran, den Clean Power Plan seines Vorgängers aufzuheben und "die US-Wirtschaft und Innovationskraft von dem herrschenden Übermaß an staatlichen Interventionen zu befreien". Dazu gehört u.a. offenbar auch, Energieversorger mit Lappalien wie ihre unzureichende Aschenentsorgung nicht zu belasten. [11] Die Konzentration auf vor allem in den Vereinigten Staaten verorteten Fallstudien zu Kohlenaschen soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Frage, ob an-

derswo nachhaltigere Lösungen für die Kohlenaschen-Entsorgung existieren oder das Problem nur besser verschleiert bzw. noch weniger untersucht wird, vorerst offen bleibt.

Anmerkungen:

[1] https://www.deutschlandfunk.de/die-risiken-der-kohleaschehalden-keine-strahlenden-aber.676.de.html?dram:article_id=366293

[2] <https://earthjustice.org/blog/2018-september/along-with-flooding-hurricane-florence-unleashes-toxic-coal-ash>

<https://www.nach-welt.com/nachrichten/dammbruch-sendet-giftigekohlenasche-die-in-einen-hauptfluss-von-north-carolina-fliest/>

[3] https://www.washingtonpost.com/national/health-science/report-finds-widespread-contamination-at-nations-coal-ash-sites/2019/03/03/d80c82e6-3ac8-11e9-aaae-69364b2ed137_story.html?utm_term=.32872e6a1143

[4] Die niedrigste tödliche Dosis bei einem Menschen (LD₅₀) wird mit 1,429 mg pro kg Körpergewicht angegeben (Quelle: Toxnet-Datenbank - ChemIDplus). Umgerechnet auf 50 Kilogramm Körpergewicht sind das etwa 71 Milligramm.

http://www.seilnacht.com/Chemie/ch_arsen.htm

[5] <https://insideclimate-news.org/news/04032019/coal-ash-groundwater-contamination-toxic-arsenic-memphis-texas-eip>

[6] <http://www.environmentalintegrity.org/news/first-comprehensive-national-study-of-coal-ash-pollution-finds-widespread-groundwater-contamination/>

[7] <https://nepis.epa.gov/Exe/ZyNET.exe/9101UBD9.txt?ZyActionD=ZyDocument&Client=EPA&Index=1986%20Thru%201990&Docs=&Query=&Time=&EndTime=&SearchMethod=1&TocRestrict=n&Toc=&TocEntry=&QField=&QFieldYear=&QFieldMonth=&QFieldDay=&UseQField=&IntQFieldOp=0&ExtQFieldOp=0&XmlQuery=&File=D%3A%5CZYFILES%5CINDEX%20DA->

POLITIK / KOMMENTAR / KRIEG

Berlin - Schule und Bundeswehr ...

Bin entsetzt über Beschluss der Berliner SPD, Jugendoffizieren der Bundeswehr die Schulen zu verbieten. Die Bundeswehr ist demokratisch, eine Parlamentsarmee. Die Soldaten verdienen unseren Respekt. Wer so einen Unsinn beschließt, sollte sich selbst von unseren Schulen fernhalten.
Bundestagsvizepräsident Thomas Oppermann (SPD) [1]

TA%5C86THRU90%5CTXT%5C0000031%5C9101UBD9.txt&User=ANONYMOUS&Password=anonymous&SortMethod=h%7C-&MaximumDocuments=1&FuzzyDegree=0&ImageQuality=r75g8/r75g8/x150y150g16/i425&Display=hpfr&DefSeekPage=x&SearchBack=ZyActionL&Back=ZyActionS&BackDesc=Results%20page&MaximumPages=1&ZyEntry=6&slide

[8] http://www.rachel.org/files/rachel/Rachels_Environment_Health_News_1029.pdf

[9] <https://sites.nicholas.duke.edu/avnervengosh/duke-research-on-environmental-effects-of-coal-ash-disposal/>

[10] <https://www.wiwo.de/unternehmen/industrie/zwischen-recycling-und-import-das-us-dilemma-die-kohlenasche-19603586.html>

[11] <https://de.usembassy.gov/de-energieunabhaengigkeit/>

<http://www.schattenblick.de/infopool/natur/chemie/chula299.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>*

(SB) 2. April 2019 - Wie die heftigen Reaktionen zeigen, gleicht der Beschluß des Berliner Landesverbands der SPD, ein Werbeverbot der Bundeswehr an Schulen herbeizuführen, einem Stich ins Wespennest. "Es wird militärischen Organisationen untersagt, an Berliner Schulen für den Dienst und die Arbeit im militärischen Bereich zu werben", hieß es in dem Text. Der Antrag zielt darauf ab, daß diese Formulierung im Schulgesetz für das Land Berlin ergänzt wird. Minderjährige seien in einem Alter, in dem sich zentrale Lebens- und Wertvorstellungen erst noch entwickeln müßten. "Dementsprechend anfällig sind sie für militärische Propaganda und Verharmlosung der realen Gefahren eines militärischen Einsatzes", so die Begründung des Beschlusses. "Für Töten und Sterben macht man keine Werbung." [2]

Was der SPD-Kreisverband Berlin-Spandau als Antrag eingebracht hatte und vom Landespartei tag angenommen wurde, wäre im Falle seiner Umsetzung im Schulgesetz ein Novum, da bislang ein Werbeverbot für die Bundeswehr in keinem anderen Bundesland festgeschrieben oder geplant ist. Das mag die Aufregung unter den Protagonisten einer uneingeschränkten Rekrutie-

rung für die nach wie vor unter Nachwuchsmangel leidende Truppe erklären, die offenbar einen Dambruch fürchten. Wenngleich in der Vergangenheit immer wieder Kritik an den Werbekampagnen der Streitkräfte unter Minderjährigen laut wurde, weitete die Bundeswehr ihre Offensive aus, sich Jugendlichen als attraktive Berufsperspektive anzudienen und Arbeitgeber wie jeder andere darzustellen.

Wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linken im Sommer 2018 hervorging, hatte die Bundeswehr im Vorjahr mindestens eine halbe Million Jugendliche erreicht, die meisten von ihnen während des Unterrichts etwa bei Vorträgen, Podiumsdiskussionen oder Seminaren. Bei Vorträgen im Schulunterricht sprachen Jugendoffiziere zumeist an Gymnasien mit fast 120.000 Schülerinnen und Schülern, hinzu kamen zahlreiche weitere Veranstaltungen wie Jobmessen oder Projekt-tage. Allein das Personal für die Werbemaßnahmen kostete die Bundeswehr 31 Millionen Euro. 2014 hatte die Bundeswehr auf der Seite des Jugendmagazins "Bravo" für ein "Adventure Camp" der Luftwaffe in Sardinien geworben, auch die YouTube-Serien "Die Rekruten", "Ma-

li"und "Biwak", in denen Soldaten im Reality-Show-Format von ihrem Berufsalltag berichten, waren heftig umstritten. [3] Ende 2018 kritisierten die Grünen eine Werbekampagne der Bundeswehr, bei der mit einer Serie über das Kommando Spezialkräfte (KSK) im Kurzmitteilungsdienst WhatsApp und mit einem Fitneßprogramm neue Soldaten angeworben wurden. Es sei "zynisch, junge Leute mit einer Action-Serie und einem Muskelprogramm als Staatsbürger in Uniform gewinnen zu wollen", sagte der verteidigungspolitische Sprecher der Grünen, Tobias Lindner.

Die Berliner Grünen-Fraktion begrüßte den Antrag im Grundsatz, auch die Berliner Linken sprachen sich dafür aus, so daß in der Koalition eine Zustimmung denkbar wäre. Die Bildungsgewerkschaft GEW spricht sich seit langem gegen Bundeswehrauftritte an Schulen aus, da ihres Erachtens auch die Jugendoffiziere Werbung machen. Es handle sich nicht um reine Informationsangebote, zumal die Probleme von Auslandseinsätzen nicht umfassend dargestellt würden, da ein Jugendoffizier notgedrungen parteiisch sei. Die Gewerkschaft halte den Berliner Beschluß für richtig. [4]

Das sieht Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen natürlich ganz anders, die den Beschluß und dessen Begründung als einen "Schlag ins Gesicht aller Soldatinnen und Soldaten" bezeichnete. "Sie halten bei jedem Einsatz den Kopf dafür hin, dass in Deutschland Frieden und Freiheit herrschen", sagte die CDU-Politikerin. "Deswegen darf es keinen Raum in dieser Gesell-

schaft geben, in dem diese Leistung totgeschwiegen und herabgewürdigt werden soll." Ein Sprecher des Ministeriums betonte, daß die Bundeswehr eine Parlamentsarmee sei und einen in der Verfassung verankerten Auftrag habe. In diesem Zusammenhang stünden auch Besuche von Jugendoffizieren und Karriereberatern an Schulen. Erstere kämen auf Einladung und erklärten im Klassenzimmer den Auftrag und die Aufgaben der Truppe. Getrennt davon informierten letztere über die Bundeswehr als Arbeitgeber. Die Einzelberatung finde dann aber außerhalb der Schulen statt, so die vorgehaltene Unterscheidung, als wisse eine Hand nicht, was die andere tut.

Wer die vage Hoffnung gehegt haben mochte, das sozialdemokratische Spitzenpersonal sei angesichts seiner aktuellen Rüstungsexportbremse für Saudi-Arabien oder der angekündigten Beschneidung bei der Aufstockung der Kriegskasse durch den Finanzminister doch nicht ganz immun gegen antimilitaristische Positionen, wird am Berliner Beispiel eines Schlechteren belehrt. Fast noch erboster als das unionsgeführte Verteidigungsministerium geißelten namhafte Repräsentanten der SPD ihre kommunalpolitischen Genossinnen und Genossen in der Hauptstadt, als handle es sich um Nestbeschmutzer oder inkompetente Irrläufer. Nicht nur der eingangs zitierte Oppermann, auch SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil brach eine Lanze für die Jugendoffiziere, die keine Werbung machten und deshalb auch weiterhin sicherheitspolitische Diskussionen an den Schulen führen sollten.

Wolfgang Hellmich, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses im Bundestag, bemängelte gar, hinter dem Parteitagsbeschluß verberge sich "keine sozialdemokratische Haltung". Der Slogan "Werben fürs Sterben" sei "schlicht falsch". Die Berliner SPD habe noch "viel Arbeit vor sich". Nach Auffassung des SPD-Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Brunner zeigt die Entscheidung, "wie weit leider Teile unserer SPD sich von der Realität entfernt haben". Der Vorschlag seiner Berliner Parteifreunde zeuge "nur von Unkenntnis" und sei ein ganz schlechter Aprilscherz. Thomas Hitschler, ebenfalls Mitglied des Verteidigungsausschusses, betonte, die Bundeswehr habe ihren festen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft. "Uns muss daran gelegen sein, dass das so bleibt." Und der Neuköllner SPD-Bundestagsabgeordnete Fritz Felgentreu attestiert dem Beschluß "mangelndem Sachverstand". "Jugendoffiziere machen eine tolle Arbeit, an Schulen diskutieren sie mit Jugendlichen über den Verfassungsauftrag der Bundeswehr. Das ist eben keine Werbung, sondern politische Bildung zum Anfassen - und darf nicht infrage gestellt werden."

Die Planungen des Verteidigungsministeriums sehen vor, daß die Truppenstärke bis 2024 auf 198.000 Soldatinnen und Soldaten sowie 61.400 zivile Beschäftigte steigen soll. Dafür ist ein Zuwachs um rund 12.000 Zeit- und Berufssoldaten, 1000 Reservisten und 5000 zivile Mitarbeiter erforderlich. Da regelmäßig Zeitsoldaten ausscheiden, müssen jedes Jahr etwa 25.000 Menschen neu eingestellt werden, um den Weggang auszugleichen und die

Wachstumsvorgaben einzuhalten. Für eine gute Auswahl sind jährlich 100.000 Bewerbungen erforderlich, viel mehr als derzeit eingehen, da die Gesamtzahl freiwilliger Bewerber nach Angaben des Verteidigungsministeriums sogar rückläufig ist.

Unter den zahlreichen Maßnahmen, die mit bislang eher mäßigem Erfolg gegen die Rekrutierungslücke ins Feld geführt werden, nimmt die Anwerbung Jugendlicher eine zentrale Rolle ein. Die Bundeswehr müsse sich bemühen, "auf das Radar der jungen Leute" zu kommen. Dafür sei "zielgruppengerechte Werbung" notwendig. Sie gibt viel Geld dafür aus und wirbt auf YouTube, Twitter, Facebook, Instagram, Snapchat und der weltgrößten Computerspielemesse Gamescom in Köln um Nachwuchs, nur bei der Internetkonferenz re:publica, die im Mai 2018 in Berlin Station machte, wurde ihr

die Präsenz verwehrt. Die Gründer der Konferenz stellten klar, daß sie keine Uniformen auf dem Gelände und auch keinen Stand haben wollten, auf dem die Bundeswehr für sich wirbt und Rekrutierungsarbeit leistet. Sie stünden für eine lebenswerte digitale Gesellschaft und nicht für eine Militarisierung des Internets.

Der Zorn der SPD-Granden aus dem verteidigungspolitischen Lager ist verständlich, rühren doch die eigenen Parteigenossen in Berlin an dem auch von der Sozialdemokratie offensiv ins Feld geführten Konsens, daß die Bundeswehr ein wünschenswerter Teil der politischen Bildung an den Schulen sei, an dem nur realitätsferne und inkompetente Kleingeister Anstoß nehmen könnten. Die gezielte Diskreditierung des Landesparteitags ist ein Schuß vor den Bug abweichender Meinungen in der eigenen Partei wie auch ein klares Signal

an die Öffentlichkeit, daß mit der SPD deutsche Militarisierung und Hegemonialpolitik allemal zu machen ist.

Anmerkungen:

[1] www.berliner-zeitung.de/berlin/verbot-von-soldatenbesuchen-an-schulen--massive-kritik-an-berliner-spd-beschluss--32310412

[2] www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/spd-berlin-will-bundeswehr-aus-schulen-ausschliessen-a-1260611.html

[3] www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/bundeswehr-an-schulen-die-linke-kritisiert-werbung-fuer-soldaten-jobs-a-1209523.html

[4] www.taz.de/!5582140/

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/volk1737.html>

POLITIK / MEINUNGEN

Ernährung - Welthungerhilfe ein Teil des Problems ...

(SB) - Die weltweite Hungerhilfe globaladministrativer Institutionen lindert regelmäßig den Nahrungsmangel von Millionen Menschen, dient aber zugleich als Feigenblatt einer gesellschaftlichen Ordnung, in der laufend weiter Hunger produziert wird.

Am heutigen Dienstag ist der Globale Bericht über akute Nahrungsmittelkrisen (Global Report on Food Crises) erschienen [1]. Wie in den letzten zwei Jahren seit Erscheinen des ersten Berichts dieser

Art handelt es sich um eine Mischung aus Schilderungen des Ist-Zustands, Mahnungen, daß noch viel zu wenig gegen den Hunger getan wird, und Perspektiven, daß immerhin schon einige Anstrengungen in die richtige Richtung unternommen werden. Doch niemals wird der akute Hunger auch nur annähernd als systemische Folge einer von Vorteilsnahme getriebenen, die Vorherrschaft der bestehenden Produktionsweisen und Wertschöpfungsketten sichernden Gesellschaftsordnung beschrieben,

sondern stets nur als angeblicher Ausnahmefall aufgrund von bewaffneten Konflikten, klimatischen Faktoren und wirtschaftlichen Schocks. So versteht sich dieser Report als Gegenstück zum State of Food and Nutrition Security in the World (SOFI) 2018, einem Zustandsbericht über chronischen Hunger, der die Zahl der absolut unterernährten Menschen mit 821 Millionen angibt. [2]

Indem sich das Global Network Against Food Crises, an dem un-

ter anderem die UN-Institutionen FAO (Organisation für Lebensmittel und Landwirtschaft) und WFP (Welternährungsprogramm) beteiligt sind, als Initiator dieses Berichts über Welthunger und Welthungerhilfe zum Adressaten der Notleidenden anbietet, erweist es sich als Sachwalter dieser Ordnung und nicht etwa als deren grundlegendes Korrektiv.

Im vergangenen Jahr waren mehr als 113 Millionen Menschen in 53 Ländern von "akutem Hunger" betroffen und auf Lebensmittelhilfe angewiesen. Am meisten gehungert wurde, in dieser Reihenfolge, in Jemen, Demokratische Republik Kongo, Afghanistan, Äthiopien, Syrien, Sudan, Südsudan und Nigeria (der nördliche Teil). Auf diese acht Länder entfallen zwei Drittel der Menschen, die unter akutem Nahrungsmangel litten.

Bewaffnete Konflikte erweisen sich demnach als mit Abstand wichtigster Grund für Hunger. Was der Report nicht dazu sagt: Stets handelt es sich um Konflikte, die auf mehreren, miteinander verwobenen Ebenen ausgetragen werden und auf denen unter anderem auch der privilegierte westliche Lebensstil beruht. Beispielsweise könnte die Militärallianz, die Saudi-Arabien um sich geschart hat, keinen so vernichtenden Krieg gegen die jemenitische Bevölkerung führen, wenn ihr dafür nicht Waffen unter anderem aus deutscher Fertigung ausgehändigt worden wären. Die Rüstungslieferanten sind genauso an diesem größten akuten Hungernotstand der Welt beteiligt wie diejenigen, die diese Waffen einsetzen. Ist es nicht perfide, daß nicht etwa der Hungertod von vielen zu einem befristeten Waffenexport-

stopp der BRD an Saudi-Arabien geführt hat, sondern die medial breitgewalzte Ermordung einer einzigen Person in der Botschaft dieses Landes in der Türkei?

In der Demokratischen Republik Kongo werden seit mehreren Jahrzehnten erbitterte Ressourcenkriege geführt. Sklavenarbeit und sklavereiähnliche Arbeit reichen sich im rohstoffreichen, jedoch völlig verarmten Ostkongo die Hand. Dort führen lokale Handlanger, die am unteren Ende von Seilschaften stehen, welche sich bis in die Nachbarländer und von dort weiter hinaus bis in die Verwertungsstätten von Coltan, Kupfer, Gold, Diamanten und anderen Rohstoffen auf anderen Kontinenten erstrecken, einen Dauerraubzug aus. Auch für unsere Handys verenden Menschen in den Minen oder werden umgebracht, weil sie irgend jemandem im Wege stehen.

In Afghanistan, dem an dritter Stelle genannten Land mit akutem Nahrungsmangel, führt die Bundeswehr schon länger Krieg als die Deutsche Wehrmacht in den beiden Weltkriegen zusammen. Deutschland wird auch am Hindukusch "verteidigt", sagte der frühere deutsche Verteidigungsminister Peter Struck. Wie recht er hat! Das Ergebnis spricht eine deutliche Sprache: Dort wird gehungert, hier nicht.

Vermutlich wäre es auch ohne die Beteiligung internationaler Wafenhändler zu all den bewaffneten Konflikten und Stellvertreterkriegen um Ressourcen und Lebensraum gekommen, wie sie in dem Report genannt werden. Aber sicherlich werden jene Konflikte nicht aufzulösen sein, wenn sie

weiter wie bisher von außen befeuert werden. Ein Stopp aller Waffenexporte wäre schon mal ein Anfang, der Rückzug der Bundeswehr aus Konfliktgebieten ein zweiter Schritt. Durchsetzung von Maßnahmen, die unter dem Stichwort Klimagerechtigkeit behandelt werden, Beseitigung des Wohlstandsgefälles zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden könnten folgen.

Es geht hier nicht darum, die Welthungerhilfe ersatzlos zu streichen und die Menschen dem Hunger zu überantworten. Im Gegenteil, die Mittel sollten sogar noch aufgestockt werden, da diese bisher nur zur partiellen Hungerbeseitigung reichten. Allerdings wären zeitlich parallel dazu die Voraussetzungen zu schaffen, um eben diese Hilfe nicht zum institutionellen Feigenblatt verkommen, sondern schnellstmöglich überflüssig werden zu lassen. Wer den Global Report on Food Crises liest, könnte sich nach der Lektüre die Frage stellen, ob er glaubt, daß aus diesem Bericht heraus eine Initiative und Bewegung entstehen könnten, die erforderlich sind, um den Hunger in der Welt zu beenden, oder ob der Bericht eher Bestandteil der Verwaltung des Hungers ist.

Anmerkungen:

[1] http://www.fsinplatform.org/sites/default/files/resources/files/GRFC_2019-Full_Report.pdf

[2] <http://www.fao.org/3/i9553en/i9553en.pdf>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/meinung/pola1342.html>

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

43 Jahre nach dem argentinischen Militärputsch



Demonstrierende fordern Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit für die 30.000 Opfer der Militärdiktatur in Argentinien

Foto: ANRed

(Buenos Aires, 25. März 2019, ANRed) - Auch 43 Jahre nach dem zivil-militärischen Staatsstreich vom 24. März 1976 füllten sich die Straßen von Buenos Aires mit Demonstrierenden, die ihre Ablehnung gegen die damalige wie heutige Politik deutlich zeigten. Sie alle fordern Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit für die 30.000 Menschen, die der Staat während der Militärdiktatur (1976-83) verhaftete, ermordete und verschwinden ließ. Auch die aktuelle Politik war Thema. Unter dem Motto "Nieder mit der Austerität und der Repression von

Macri und den Gouverneuren!" versammelten sich u.a. Menschenrechts- und Gewerkschaftsorganisationen sowie das linke Parteienspektrum. Mit dabei waren auch die Bewegung der Migrant*innen, Mitglieder der afro-argentinischen Bewegung und der Bewegung Ni Una Menos; Tanz-, Folklore- und Murga-Gruppen bereicherten durch künstlerische Darbietungen.



URL des Artikels:

<https://www.npla.de/allgemein/foto-reportage-43-jahre-nach-dem-argentinischen-militaerputsch/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188

10997 Berlin

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pame0010.html>

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Papst und spanischer König sollen sich bei Mexiko entschuldigen

vom Humanistischen Pressedienst, 30. März 2019

Im Jahr 2021 jährt sich die Eroberung Mexikos durch Spanien zum 500. Mal. Im Zuge dessen fordert der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador in Briefen jeweils den spanischen König Felipe VI. und Papst Franziskus dazu auf, sich für die Gräueltaten der Eroberung mit Schwert und Kreuz zu entschuldigen. Spanien hat eine Entschuldigung bereits abgelehnt. Eine offizielle Antwort aus dem Vatikan wird noch erwartet.

Auf Facebook veröffentlichte Mexikos Präsident Andrés Manuel López Obrador - nach seinen Initialen oft auch nur "AMLO" genannt - eine von ihm gehaltene Rede zum 500. Jahrestag der Schlacht von Centla [1]. In dem Ort im Bundesstaat Tabasco sprach Obrador von den Morden und Folterungen tausender indigener Menschen durch Spanier im Zuge dieser Schlacht, aber auch während der ganzen als "Conquista" bekannten Eroberung Mexikos durch Spanien. Auch die Rolle der katholischen Kirche betonte er, die ihre katholischen Tempel auf den Tempeln vorspanischer Zivilisationen erbaute. Er erklärte, sowohl dem spanischen König Felipe VI. als auch Papst Franziskus jeweils einen Brief geschrieben zu haben. Darin lädt der mexikanische Präsident sie ein, die Geschichte der spanischen Invasion und die Lei-

den der ursprünglichen Bevölkerung gemeinsam aufzuarbeiten und sich für diese und weitere zu Beginn der Unabhängigkeit Mexikos verübte Verbrechen zu entschuldigen.

Er betonte, dass diese Forderung nicht spalten, sondern zur Verbrüderung beitragen solle. Auch Obrador plant, sich im Namen der mexikanischen Regierung zu entschuldigen. Für die Unterdrückung der indigenen Bevölkerung, die Auslöschung der Maya und Yaqui und die vielen tausend Toten chinesischen ArbeiterInnen im Zuge der Revolution. Als Termin für die gemeinsame Entschuldigung schlägt er den 500. Jahrestag des Falls von Tenochtitlán vor.

Nach Berichten der BBC [2] lehnt Spanien die Entschuldigung ab. Während Obrador in seiner Rede die Menschenrechtsverletzungen und Morde während der Eroberung mit Schwert und Kreuz ("La llamada Conquista se hizo con la espada y con la cruz") aufzeigt, erklärt das spanische Außenministerium, dass sich die Ankunft der Spanier vor 500 Jahren im Gebiet des heutigen Mexiko nicht mit

heutigen Maßstäben messen lassen. Die verbrüdeten Länder hätten ihre gemeinsame Vergangenheit immer ohne Groll sehen können. Auch biete Spanien an, mit der mexikanischen Regierung weiter an einer Intensivierung der freundschaftlichen und kooperativen Beziehungen zu arbeiten.

Laut dem spanischen Nachrichtenportal 20minutos [3] ist die spanische Parteienlandschaft gespalten. Während konservative Christdemokraten wie Partido Popular und die rechte Partei Vox eine Entschuldigung ebenfalls ablehnen, gibt die Bewegung Podemos dem Präsidenten recht.

Die katalanische Tageszeitung La Vanguardia [4] erklärt, Obrador habe zur Absage Spaniens noch nicht Stellung genommen. Allein wies er dort - wie auch auf seinem Facebook-Profil - Vorwürfe des spanischen Außenministeriums zurück, wonach er den Inhalt seines Briefes an Felipe VI. veröffentlicht haben soll. In Bezug auf den Vatikan hofft das mexikanische Staatsoberhaupt noch auf eine Entschuldigung des Papstes an sein Land. Dieser hatte sich bereits einmal für die Verbrechen



pressenza
INTERNATIONAL PRESS AGENCY

gegen die indigene Bevölkerung im Zuge der "Conquista" Amerikas entschuldigt [5].

RELIGION / MEINUNGEN / STANDPUNKT

Wie Vatikan-Klerikalfaschisten Franco unterstützten

An der Seite des "Caudillo"

*Wie die Klerikalfaschisten des Vatikans
1936 die Franco-Putschisten unterstützten [1]*

von Gerhard Feldbauer, 29. März 2019

Erstveröffentlicht bei:

<https://hpd.de/artikel/papst-und-spanischer-koenig-sollen-sich-mexikanern-entschuldigen-16652>

Anmerkung:

[1] <https://www.facebook.com/lopezobrador.org.mx/videos/403647303756150/>

[2] <https://www.bbc.com/mundo/noticias-america-latina-47701387>

[3] <https://www.20minutos.es/noticia/3597458/0/podemos-da-larazon-a-mexico-disculpa-conquista/>

[4] <https://www.lavanguardia.com/politica/20190326/461268721932/-mexico-espana-disculpas-conquista-obrador-perdon.html>

[5] <https://www.welt.de/newsticker/news1/article143799885/Papst-entschuldigt-sich-fuer-Verbrechen-an-Amerikas-Ureinwohnern.html>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/fakten/pfmen357.html>



Demokratischer Aufbruch - Ausrufung der Zweiten Spanischen Republik am 14. April 1931, hier Freudenfeiern republikanischer Studenten und Arbeiter auf einer geschmückten Straßenbahn

Foto: Bundesarchiv, Bild 102-11543 / CC-BY-SA 3.0 [CC BY-SA 3.0 de (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de-deed.en>)]

(Gerhard Feldbauer) - Am 16. Februar 1936 errang die Volksfront aus Kommunisten, Sozialisten, der Gewerkschaft Union General del Trabajo und Linksrepublikanern bei den Corteswahlen einen überwältigenden Sieg. Sie belegte 278 der insgesamt 473 Sitze. Ihre Regierung unter

dem republikanischen Schriftsteller Manuel Azaña y Díaz (ab Mai Präsident) leitete bürgerlich-demokratische Reformen ein, garantierte die Autonomie Kataloniens und der Basken. Am 17. Juli 1936 putschte General Sanjurjo von der Kolonie Spanisch-Marokko aus gegen die rechtmäßig gewählte Regierung. Nachdem er mit einem Flugzeug abgestürzt war, riss Francisco Franco die Führung an sich. Die ersten Opfer des Mordterrors waren loyale Offiziere, vor allem der Luftwaffe, die sich widersetzen. Sie wurden "von den Meuterern kurzerhand erschossen. Darunter die Generäle Batet, Molero, Nuñez de Prado, Romeales, Admiral Azarola". [2]

Hitlers und Mussolinis Intervention

Der klerikalfaschistische Staatsstreich brach auf dem Festland in den meisten Garnisonsstädten am Widerstand der Volkskräfte zusammen. Sein Scheitern wurde durch die sofortige bewaffnete Intervention Hitlerdeutschlands und Mussoliniitaliens verhindert. Mit 20 Militärtransportern Ju 52 der Luftwaffe Görings wurden als erstes 15.000 Mann Elitetruppen der Putschisten von Marokko nach Cadiz eingeflogen. Die sofortige Unterstützung zeigte, dass die Putschisten sich bereits vor Beginn mit Berlin und Rom abgesprochen hatten. Als nächstes schickte Hitler eine 45.000 Mann starke "Legion Condor" nach Spanien. Ihr wichtigster Verband waren die Geschwader der Luftwaffe. Dazu gehörten Heinkel Bomber 111, Jäger 51, Messerschmitt 109, Dornier 17, Ju 87, Heinkel 57-Sturzkampfflugzeuge. Marine-Einheiten nahmen unter der Tarnbezeichnung "Gruppe Nordsee" an der aktiven Seekriegsführung teil, beschossen, verminten und blockierten republikanische Häfen. [3]

Mussolini entsandte ein Interventionskorps, das auf 120.000 bis 150.000 Soldaten anwuchs. Die motorisierten Truppen waren modern ausgerüstet und bewaffnet. Sie verfügten über 800 Kampfflugzeuge sowie 8.000 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge. 90 Kriegs- und Transportschiffe versorgten das eigene Korps und die Franco-Truppen. [4] Sie blockierten republikanische Häfen und beschossen Küstenbefestigungen. Franco, der sich am 29. September zum Chef des "Nationalen Spanien" ausrief, wurde unmittel-

bar danach von Deutschland und Italien als "Chef der einzigen legitimen Regierung Spaniens" anerkannt.



"No pasarán" (Sie werden nicht durchkommen) - Kampfruf der antifaschistischen Volksfront, hier am 1. Januar 1936 auf einem Banner in Madrid

Foto: Mikhail Koltsov [Public domain] via wikimedia commons

Appell an die klerikale Reaktion in Spanien

Pius XI., den Franco als Ersten über seinen Staatsstreich informiert hatte, wandte sich zur Unterstützung der Putschisten an die Weltöffentlichkeit und arbeitete mit Mussolini und Hitler zusammen. [5] Die Volksfront-Regierung hatte jedoch die ausschlaggebende Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung. Ohne eine entscheidende innere Hilfe hätten sich die Putschisten dennoch nicht halten können. Diese kam von den Klerikalfaschisten im Vatikan, die die katholische Reaktion in Spanien zur aktiven Unterstützung des "Caudillo" aufriefen. Die spanische Jesuitenzeitung "La Civiltà Cattolica" folg-

te dem und schrieb, in dem faschistischen Putsch habe sich "eine hundertmal gesegnete und ruhmreiche Haltung" gezeigt. [6]

Aktiv unterstützte das klerikalfaschistische Opus Dei das Franco-Regime. Acht seiner Mitglieder traten in die Regierung des "Caudillo" ein. Der Linie des Papstes folgend erklärte der spanische Kardinal Gomá, der Franco als politischer Berater zur Seite stand, "wir befinden uns in voller Übereinstimmung mit der nationalen Regierung, die niemals einen Schritt ohne meinen Rat unternimmt, den sie immer befolgt". [7] So wurde die katholische Kirche zu einer seiner wichtigsten Stützen. Der sie beherrschende Klerus jubelte dem "Caudillo" zu und begrüßte ihn mit dem "Führergruß" Hitlers und Mussolinis.

Erbarungslose Menschenjagd

Die Francofaschisten und ihre deutschen und italienischen Helfershelfer begannen eine erbarungslose Menschenjagd. Loyale Republikaner wurden massenweise gequält, verstümmelt, ermordet. "Die Methoden der Mordkommandos sind bestialisch", schrieb der Kämpfer der Internationalen Brigaden Fritz Teppich. Der Weg der Franco-Truppen "ist von Massenmorden gezeichnet. In Badajoz, nicht weit von der portugiesischen Grenze, ließ der Kommandeur der marokkanischen Truppen, General Yagüe, einer der Schlächter von Asturien, niedermetzeln, was seinen Söldnern vor die Gewehre kam. Alle Republikaner, derer sie dabei habhaft werden konnten, wurden in die Stierkampfarena

getrieben und dort mit Maschinengewehren zusammengeschossen."

Absolution im Blute watend

Georges Bernanos, französischer Schriftsteller und gläubiger Katholik, berichtete: In der kleinen Stadt Manacor auf Mallorca, wo eine Einheit Mussolinis stationiert war, waren zweihundert Einwohner, "die den Italienern verdächtig waren, mitten in der Nacht aus ihren Betten gezerrt und schubweise auf den Friedhof gebracht worden, wo man sie mit Kopfschüssen niederstreckte und ein Stück weiter auf einem Haufen verbrannte." Der Erzbischof hatte dazu einen "Geistlichen gesandt, der, mit den Schuhen im Blute watend, jeweils

zwischen zwei Salven Absolution erteilte". Andere werden mit Lastwagen zu einem einsamen Feldweg gefahren. "Sie steigen ab, stellen sich in Linie auf, küssen eine Medaille oder auch nur den Nagel des Daumens. Peng! Peng! Peng! - Die Leichen werden an den Rand der Böschung geschleift, wo sie der Totengräber am nächsten Morgen findet, mit zerschmettertem Schädel, im Nacken ein hässlicher Klumpen schwarzen geronnenen Blutes." [8]

Frauen flehen im spanischen Bürgerkrieg um das Leben ihrer Angehörigen - 1936 in Constantina, Sevilla

Foto: Museo Nacional Centro de Arte Reina Sofía [Public domain] via wikimedia commons

Der Bischof der baskischen Stadt Vitoria billigte den Putsch bereits kurz nach seinem Ausbruch in einer "Pastoralen Unterweisung". [9] Der frühere Zögling des Ordens der Herz-Jesu-Priester (Societas de Corde Jesu) im Missionshaus und Kloster Handrup (Ems), Dr. Hans Peter Brenner, hat in einer Studie "Vatikan: Komplize bei Francos und Hitlers Morden. Der spanische Klerus segnete den Massenmord an Katholiken und katholischen Priestern ab" [10] kaum bekannte Quellen erschlossen. Darunter ein 1939 im "Vita Nova Verlag" in Luzern erschienenes Büchlein des baskischen katholischen Priesters Inaki de Aberrigoyen "Sieben Monate und sieben Tage in



Franco-Spanien" (Luzern 1939). Der Autor schildert darin, wie der Klerus zum Komplizen des Terrors wurde und die Massenmorde an katholischen Priestern und ihren Gläubigen absegnete. Im Vorwort schreibt der Publizist Maximilian Helffert, der sich einen zunächst konservativen Katholiken nennt, wie er erst nachdenklich wurde, als der Klerus an der Seite der Putschisten die Behauptung "von der Bolschewisierung Spaniens" aufstellte, was durch die Politik der Volksfrontregierung eindeutig widerlegt wurde. Zunächst glaubte Helffert, dass Franco dem entgegenetrete. Er musste jedoch die für ihn als Katholiken "grausame Erkenntnis" machen, dass "die Hierarchie dazu (zum Mordterror "von Kreuzrittern Christi") schweigt" und sich "auf die Seite der Henker" stellte." [11]

Die Enthüllungen des Priesters Inaki de Aberriroyen

Als Aberriroyen im September 1936 wegen seiner seelsorgerischen Tätigkeit in der baskischen "Arbeitersolidarität", die keinerlei politische Ziele verfolgte, eingekerkert wurde, erlebte er am eigenen Leib Gefängnis und Folter und wurde Zeuge massenhafter Hinrichtungen. Sowohl die zuständigen Generalvikariate als auch der Erzbischof von Pamplona (einer Zentrale des Opus Dei) erhoben dagegen keine Einwände. Aberriroyen legte dar, wie Francos Truppen im Baskenland auf Volksfrontanhänger wie auf Geistliche, die sich nicht sofort dem Putsch anschlossen, unter Kreuzfixen und Marienbildern eine gnadenlose Jagd begannen. "Das Gefängnis von Ondarreta und das Asyl des Heiligen Josef in San Sebastian, das in ein Gefängnis verwandelt worden war,

beherbergte mehr als vierzig Priester. (...) Die Verfolgung war allgemein. Es gab kaum ein Dorf, wo man nicht auf einen oder mehrere Priester Jagd gemacht hatte. Hunderte von Ordensleuten - Jesuiten, Kapuziner, christliche Schulbrüder - verließen ihre Klöster, um nach Amerika zu fliehen. Man nahm keine Rücksicht, weder auf Alter noch auf Krankheit und nicht auf ganz offenkundige Unschuld. Ich kann die Angst, die diese Verfolgung unter uns auslöste, gar nicht beschreiben." Das sei "ganz offen vor den Augen der spanischen Hierarchie (erfolgt), die nicht einen einzigen öffentlichen Protest einlegte." [12] Der Autor legte dar, dass die Volksfrontregierung die Kirche nicht antastete, es erst nach den barbarischen Massakern an ihren Anhängern, an denen sich die Geistlichkeit beteiligte, zu Übergriffen kam.



Nachbildung des weltbekannten Gemäldes von Pablo Picasso als gefliestes Wandbild in Originalgröße in der Stadt Guernica. Abbildung: Pablo Picasso [CC BY-SA 3.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>)] via wikimedia commons

Der spanische Klerus schaute den von Hitler und Mussolinis Hilstruppen begangenen Kriegsverbrechen nicht nur tatenlos zu, sondern beförderte sie. Die "Legion Condor" griff zusammen mit der italienischen Luftwaffe nicht nur die Stellungen der republikanischen Armee an, sondern bombardierte immer wieder Städte. Über ihren Angriff auf die nordspanische Stadt Guernica y Luno in der Provinz Biskaya nördlich von Bilbao am 26. April 1937 schrieb der Spanienkorrespondent der Londoner "Times": "Die ganze Stadt mit ihren 7.000 Einwohnern und den 3.000 Flüchtlingen ist langsam und systematisch in Stücke zerschlagen worden". Elias Canetti nannte Guernica ein Symbol "menschlicher Bestialität". Pablo Picasso widmete den Leiden der Zivilbevölkerung sein berühmtes Monumentalgemälde "Guernica", das am 12. Juli 1937 im Pavillon der Spanischen Republik auf der Pariser Weltausstellung enthüllt wurde. [13]

"Condor"-Flieger bauten die Bundesluftwaffe auf

Weitere Angriffe flogen "Condor-Legionäre" gegen Madrid, Bilbao, Barcelona sowie andere Städte und Ortschaften, bei denen neben den Bombenabwürfen mit Maschinengewehren Jagd auf wehrlose Zivilisten gemacht wurde. Vergessen wir nicht, wie in der BRD die Bundesluftwaffe von aktiven "Condor"-Fliegern aufgebaut wurde, die sich auch noch ihrer Verbrechen rühmen konnten. Unter ihnen befanden sich der spätere "Liebling Hitlers" in Görings Luftwaffe, Oberst Werner Mölders, der in Spanien eine Jagd-

staffel der Legion kommandierte, und der damalige Oberleutnant Johannes Trautloft. Letzterer rühmte sich in seinem Buch "Als Jagdflieger in Spanien" der Teilnahme am 19. November 1936 am "größten Luftangriff, den Madrid bisher auszuhalten hatte". An der Talavera-Front notierte er: "Hier sind uralte Jagdinstinkte, (...) die Instinkte des Jägers, wieder durchgebrochen." Nach Tieffliegerangriffen in der Provinz Toledo beschrieb er, wie MG-Garben in den Feind einschlagen, Lastwagen sich überschlagen. "Menschen kriechen hervor, viele torkeln, fallen, bleiben liegen. Wohl nichts vermag den Soldaten tiefer zu befriedigen, als der Anblick einer kopflosen, panischen Flucht des Feindes." [14]



In einer Propagandaschrift der Bundeswehrführung, die den Mordterror der "Legion Condor" verherrlichte, hieß es: "Mit der Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg konnte die Wehrmacht Ruhm an ihre Fahnen heften, sich mit dem Siegeslorbeer schmücken und die Überlegenheit deutscher Waffen und Kriegsma-

terials beweisen." Trautloft, Mitbegründer der "Traditionsgemeinschaft Legion Condor", erklärte: "Das Wirken der Legion muss der bundesdeutschen Jugend als Vorbild dienen." In diesem Geist bildete er als Kommandeur der Luftwaffenschule Fürstfeldbruck, der Wiege der Bundesluftwaffe, deren Nachwuchs aus. Er wurde Kommandierender General der Luftwaffengruppe Süd, Generalleutnant und erhielt zur Verabschiedung in den Ruhestand zu Hitlers Spanien- und Ritterkreuz noch das Bundesverdienstkreuz mit Stern. [15] Nach Oberst Mölders waren ein Lenkwaffenzerstörer der Bundesmarine, eine Kaserne in Visselhövede und das Jagdgeschwader 74 in Neuburg an der Donau benannt. [16]

Nazideutsche Unterstützung für Franco-Putschisten - hier die Offiziersausbildung an der Infanterie-Ausbildungsschule in Avila durch die "Legion Condor"

Foto: Bundesarchiv, Bild 183-E20569-21 / CC-BY-SA 3.0

[CC BY-SA 3.0 de

(<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en>)]

Eine Million Opfer des Terrors der klerikalfaschistischen Reaktion

Nach dem Abzug der Internationalen Brigaden [17], der die Abwehrkraft der republikanischen Streitkräfte entscheidend schwächte, beging der Befehlshaber der Zentrumsarmee der Republik, Oberst Casado, Verrat und lieferte Madrid an Franco aus. Am 28. März 1939 marschierten dessen Truppen zusammen mit italienischen Interventionsverbänden in die Hauptstadt ein. Während der "Caudillo" Casado und einigen seiner engsten Mitarbeiter gestattete, auf einem britischen Schiff Spanien zu verlassen, begann in Madrid "sofort eine Treibjagd ohne gleichen auf alle, die jemals zur Republik gehalten hatten".

Fast eine Million Menschen fiel dem von der klerikalfaschistischen Reaktion entfesselten Bürgerkrieg zum Opfer. Nach dem US-amerikanischen Historiker Gabriel Jackson bezifferte sich allein "die Zahl der auf der 'nationalen' Seite zwischen 1936 und 1944 ermordeten oder hingegerichteten Menschen zwischen 150.000 und 200.000, die in der republikanischen Zone auf 20.000 während der drei Kriegsjahre". [18]

Pius XII. beglückwünschte das Mörderregime

Während in Spanien die Mordkommandos wüteten, schickte Pius XII., der am 2. März 1939 sein Pontifikat angetreten hatte, Fran-

co eine Botschaft, in der es hieß: "Die von Gott als wichtigster Diener der Evangelisation der Neuen Welt und als uneinnehmbares Bollwerk des katholischen Glaubens auserwählte Nation hat soeben den Anhängern des materialistischen Atheismus unseres Jahrhunderts den erhabensten Beweis dafür geliefert, dass über allen Dingen die ewigen Werte der Religion und des Geistes stehen." Ein weiteres Glückwunschtelegramm erhielt Hitler, dem der Papst "mit besten Wünschen den Segen des Himmels und des allmächtigen Gottes" übermittelte. [19]

Die Seligsprechung der Kreuzritter Francos

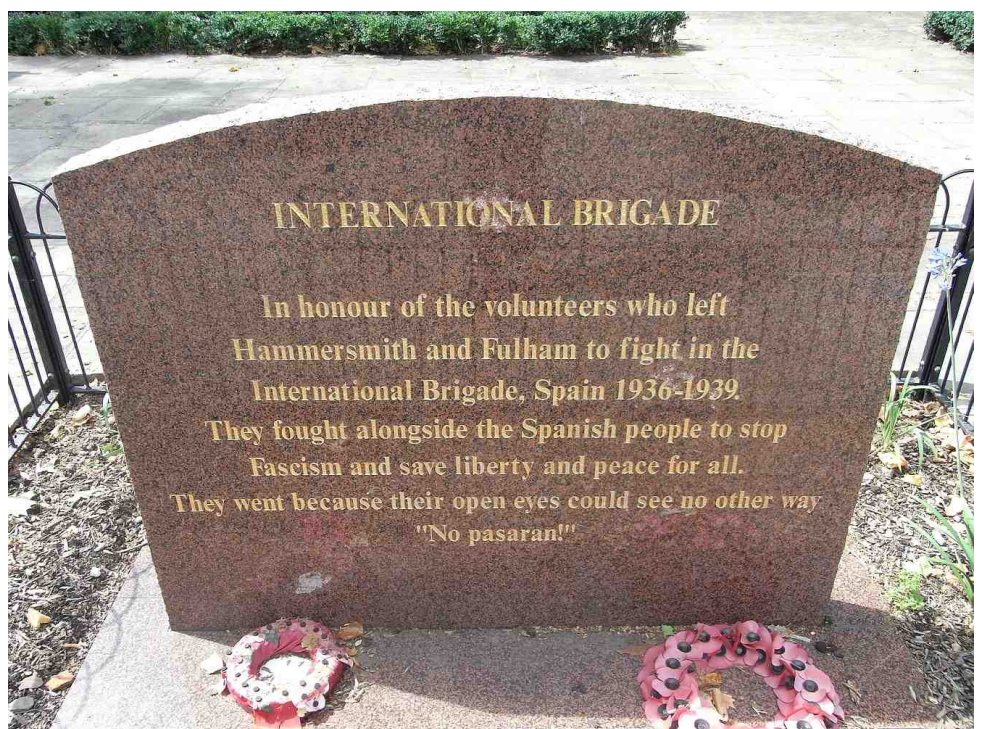
Ein Skandal ohne gleichen war die von Joseph Ratzinger alias Benedikt XVI. (Papst von 2005 bis zu seinem Rücktritt 2013) 2007 vorgenommene Seligsprechung von 498 Kreuzrittern Francos. Vom deutschen Papst ist nie ein Wort der Verurteilung

oder auch nur des Bedauerns dieser wie der unzähligen anderen Bestialitäten, verübt unter der Berufung auf "die ewigen Werte der Religion", des Segens "des Himmels und des allmächtigen Gottes", bekannt geworden. Seine Seligsprechungen bedeuteten nichts anderes, als die unter dem Mörderregime Francos begangenen barbarischen Verbrechen gutzuheißen. Benedikt XVI. stellte sich damit auch hinter die Glückwünsche, die Pius XII. Franco und Hitler übermittelte. Die Kurie hat sich nie zu ihrer Schuld an diesen Verbrechen bekannt. Noch nie wurde einer der unzähligen von den Faschisten ermordeten Geistlichen selig oder heilig gesprochen.

Vielerorts wird bis heute der Spanienkämpferinnen und -kämpfer gedacht - hier eine Gedenktafel in London (Fulham)

(*)

Foto: Alex1011 [CC BY-SA 3.0 (https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0)]



Auch von Franziskus keine Abstriche

Um die tiefe Krise, in die die erzkatholische Kirche gestürzt hat, aufzuhalten und rückgängig zu machen, hat Papst Franziskus einige Korrekturen vorgenommen. Zu erwähnen sind gewisse Änderungen gegenüber den Befreiungstheologen Lateinamerikas, seine Kritik an sozialen Verwerfungen des Kapitalismus und die Aufmerksamkeit, die er den Ärmsten und von diesem System ausgegrenzten und unterdrückten Menschen widmet. Er setzte progressive Zeichen in der großen Politik, so wenn er vor den Gefahren eines Dritten Weltkrieges warnte, den Staat Palästina offiziell anerkannte oder den verfeimten russischen Präsidenten Wladimir Putin empfing, ohne die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation zu verurteilen. Von kirchlichen Würdenträgern fordert er Bescheidenheit, legte sich mit der Mafia an und brach gegenüber Homosexualität oder Frauenpriestertum mit der vor ihm üblichen Verdammung und mahnte stattdessen Barmherzigkeit und Mitleid an. Das und die ungezwungene Art, mit der er den Gläubigen gegenübertritt, hebt ihn in sympathischer Weise vor seinen engstirnigen, offenen reaktionären Vorgängern hervor. Das alles kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass Franziskus sich in keiner Weise vom Bündnis der Kurie mit Reaktion und Faschismus distanziert, geschweige denn es verurteilt hätte. [20]

Franziskus lässt Geheimarchiv über Pius XII. öffnen

Wie die italienische Nachrichtenagentur ANSA am 4. März mel-

dete, hat Franziskus angekündigt, dass das Geheimarchiv des Vatikans über das Pontifikat von Pius XII. während des Zweiten Weltkriegs ab 2020 für Forschungsarbeiten geöffnet werde. Diesem Papst, der am 2. März 1939 sein Amt antrat, wird vorgeworfen, trotz ihm bekannt gewordener Informationen über die Massensterbe der Nazis an den Juden nichts dagegen unternommen zu haben.

Wie die spanische Geschichtsschrift "Historia y Vida" bereits 2007 in ihrer Nr. 467 berichtete, waren Pius XII. durch den Nuntius in Istanbul, Angelo Giuseppe Roncalli, den späteren Papst Johannes XXIII., umfangreiche Informationen über die in Auschwitz begangenen Verbrechen an den Juden übermittelt worden. Sie stammten von zwei Juden, die im April 1944 aus Auschwitz fliehen konnten, und wurden später als "Protokolle von Auschwitz" bekannt. Die Zeitschrift schrieb damals, dass die bis heute verbreitete Version des Vatikans, er habe "erst im Oktober 1944" über genauere Details über Auschwitz verfügt, eine Lüge ist. [21] Vatikane-Experten erwarten daraus Auszüge, die die Vorbereitung der Seligsprechung Pius XII. stützen sollen. Sollte sich Franziskus, was zu erwarten ist, dem Druck der reaktionären Kleriker beugen, die Beatifikation vornehmen und den Faschisten in der Soutane die

öffentliche Verehrung zuerkennen, würde er sich ein weiteres Mal zum Bündnis der Kurie mit Reaktion und Faschismus bekennen.



Wird Franziskus die Geheimakten über seinen Vorgänger Pius XII. - hier dessen Krönungsfeier 1939 - tatsächlich freigeben?

Foto: Joachim Specht [Public domain] via wikimedia commons

Anmerkungen:

[1] Setzt folgende Schattenblick-Beiträge des Autors fort und schließt die Serie ab (beide unter www.schattenblick.de → INFOPOOL → RELIGION → MEINUNGEN): STANDPUNKT/104: "Die unterschlagene Enzyklika. Wollte Pius XI. der Judenverfolgung wirklich Einhalt gebieten?", 8. Februar 2019, und STANDPUNKT/106: "Das Reichskonkordat des Vatikans mit Hitlerdeutschland. Ein Dokument der verbrecherischen Komplizen-

schaft des Heiligen Stuhls mit dem Faschismus. Es ist bis heute in der Bundesrepublik gültig", 24. Februar 2019.

[2] Fritz Teppich (Hg.): Spaniens Himmel. Volksfront und Internationale Brigaden gegen den Faschismus. Berlin 1996, S. 49 ff.

[3] "Die Wehrmacht", Sonderheft, Mai 1939.

[4] Teppich, S. 64, 77; I Giorni della Storia (Italienische Chronik), Novara 1997, S. 465.

[5] Karlheinz Deschner: Abermals krähte der Hahn, Stuttgart 1962, S. 584.

[6] Ausgabe vom 2. Jan. 1937

[7] Deschner, a.a.O., S. 585.

[8] Georges Bernanos: Die großen Friedhöfe unter dem Mond. Mallorca und der spanische Bürgerkrieg, o. J. 1938.

[9] Deschner a.a.O., S. 582 f.

[10] UZ, 23. Nov. 2007. Brenner ist heute stellvertretender Vorsitzender der DKP.

[11] Maximilian Helffert: Vorwort zu Aberrigoyen, S. II f.

[12] Aberrigoyen, S. 63.

[13] Hans Canje: Die deutsche Legion Condor zerstört die baskische Stadt Gernika. Neues Deutschland, 26. April 2007. Siehe auch "Wir kämpften in Spanien", Sondernummer "Die Wehrmacht", Mai 1939.

[14] Johannes Trautloft: Als Jagdflieger in Spanien. Berlin 1940, passim.

[15] Hans Daniel: Vor 65 Jahren: "Bombenwetter" über Guernica, junge Welt, 27. April. 2002.

[16] Erst 1998 beschloss der Bundestag, Mitgliedern der Legion Condor sollte nicht mehr "ehrendes Gedenken" in Form von Kasernenbenennungen bei der Bundeswehr zu Teil werden. Die Bundeswehrführung ließ dennoch noch viele Jahre solche Ehrungen zu. Siehe Jürgen Rose: Falsche Helden. Junge Welt, 18. Aug. 2009.

[17] Der Spanischen Republik kamen etwa 40.000 bis 50.000 Antifaschisten aus 54 Ländern zu Hilfe, von denen die meisten in den Internationalen Brigaden kämpften. Darunter befanden sich etwa 10.000 Franzosen, 5.000 Deutsche und Österreicher, 3.354 Italiener und 2.800 Nordamerikaner und Kanadier. Mehr als die Hälfte der Interbrigadisten ist gefallen, darunter 3.000 Deutsche und Österreicher. Auf Beschluss des sogenannten Nichteinmischungskomitees, das sich in Wahrheit zugunsten Francos und seiner deutschen und italienischen Verbündeten einmischte, wurden die Internationalen Brigaden dem von der Regierung der Spanischen Republik akzeptierten Beschluss entsprechend im Sommer 1938 aufgelöst.

[18] Zit. nach FAZ, 19. Juli 1986.

[19] Dietmar Stübler: Geschichte Italiens, Berlin (West) 1987, S. 156. Siehe auch "Heil Hitler und Amen. Kirche während des Faschismus". Broschüre "Gegeninformation", 6. Sept. 2005.

[20] Beitrag des Autors im Schattenblick (www.schattenblick.de →

INFOPOOL → RELIGION → MEINUNGEN → STANDPUNKT/071): "Franziskus wollte vieles verändern, hat aber bisher wenig erreicht. Ein Streifzug durch die ersten drei Jahre seines Pontifikats. Reformendurchzusetzen und sich gleichzeitig mit seinen Erzfeinden zu versöhnen, dürfte ein hoffnungsloses Unterfangen sein", 13. April 2016.

[21] Siehe dazu den Beitrag des Autors im Schattenblick (www.schattenblick.de → INFOPOOL → RELIGION → MEINUNGEN → STANDPUNKT/106): "Das Reichskonkordat des Vatikans mit Hitlerdeutschland. Ein Dokument der verbrecherischen Komplizenschaft des Heiligen Stuhls mit dem Faschismus. Es ist bis heute in der Bundesrepublik gültig", 24. Februar 2019

(*) Inschrift der Gedenktafel: International Brigade - In honour of the volunteers who left Hammersmith and Fulham to fight in the International Brigade, Spain 1936-1939. They fought alongside the Spanish people to stop Fascism and save liberty and peace for all. They went because their open eyes could see no other way "No pasaran".

<https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/d/d9/Brigade1.jpg>

*

Quelle:

© 2019 by Gerhard Feldbauer
Mit freundlicher Genehmigung des Autors

<http://www.schattenblick.de/infopool/religion/meinung/rgsp0107.html>

**Geschichtliches und Aktuelles
von Gerhard Feldbauer
zu Themen um Italien siehe:**

http://www.schattenblick.de/infopool/europool/ip_europool_politik_italien.shtml

MEDIEN / MEINUNGEN / STANDPUNKT

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Der Gefangene sagt nein zu Big Brother

von John Pilger über Rubikon, 27. März 2019

Erheben wir uns gemeinsam mit Julian Assange gegen Willkür, Gedankenpolizei und die Missachtung des Völkerrechts.

Echter Journalismus, wie ihn Julian Assange mit WikiLeaks betrieben hat, hat heute keine Chance mehr - heute ist "Vichy-Journalismus" angesagt: ein Journalismus, der von feindlichen Mächten bestimmt wird und einzig deren Interessen verfolgt. Wer sich widersetzt, wird seiner Freiheit und Rechte beraubt. John Pilger, der Julian Assange persönlich kennt, hat in Sydney auf einer Kundgebung zum Widerstand aufgerufen - gegen die Willkür, gegen die Gedankenpolizei, gegen die Missachtung des Völkerrechts.

Immer wenn ich Julian Assange besuche, treffen wir uns in einem Raum, den er nur zu gut kennt. Hier steht ein Tisch und an den Wänden hängen Bilder von Ecuador. Es gibt auch ein Bücherregal, in dem stets die selben Bücher stehen. Die Vorhänge sind immer zugezogen und es gibt kein Tageslicht. Die Luft steht still und es riecht übel.

Dies ist Raum 101.

Bevor ich den Raum 101 betrete, muss ich meinen Pass und mein Telefon abgeben. Meine Taschen und Besitztümer werden unter-

sucht. Das Essen, das ich mitbringe, wird inspiziert. Der Mann, der Raum 101 bewacht, sitzt in einer Art altmodischen Telefonzelle. Er schaut auf einen Bildschirm, beobachtet Julian. Es gibt auch noch andere, unsichtbare Staatsagenten, die zusehen und zuhören.

Orwell'sche Zustände

Überall in Raum 101 sind Kameras montiert. Um sie zu umgehen, bugsiert uns Julian in eine Ecke, wo wir uns Seite an Seite flach an die Wand drücken. So tauschen wir Neuigkeiten aus: flüsternd, einander auf einem Notepad schreibend, das er vor den Kameras versteckt. Manchmal lachen wir.

Ich habe ein vorgeschriebenes Zeitfenster für meinen Besuch. Wenn die Zeit abgelaufen ist, wird die Tür zu Raum 101 aufgerissen und der Wärter sagt: "Die Zeit ist um!". An Silvester wurden mir zusätzliche dreißig Minuten zugestanden und der Mann in der Telefonzelle wünschte mir ein gutes neues Jahr - mir, jedoch nicht Julian.

Natürlich ist Raum 101 der Raum in George Orwells prophetischem Roman 1984, in dem die Gedankenpolizei ihre Gefangenen beobachtete und schikanierte, und Schlimmeres, bis die Menschen

ihre Menschlichkeit und ihre Prinzipien aufgaben und Big Brother gehorchten.

Julian Assange wird Big Brother niemals gehorchen. Seine Widerstandskraft und sein Mut sind erstaunlich, wenngleich seine körperliche Gesundheit kaum noch mithalten kann.

Willkürliche Verhaftung

Julian ist ein bemerkenswerter Australier, der die Art, in der viele Menschen über heuchlerische Regierungen denken, verändert hat. Deswegen ist er ein politischer Flüchtling und erleidet, was die UN "willkürliche Haft" nennt.

Laut UN hat er das Recht, in die Freiheit entlassen zu werden, aber genau dies verweigert man ihm. Er hat das Recht auf medizinische Behandlung, ohne eine Festnahme befürchten zu müssen, aber auch dies wird ihm verweigert. Er hat ein Recht auf Entschädigung, was ihm aber auch verweigert wird.

WikiLeaks

Als Gründer und Herausgeber von WikiLeaks bestand sein Verbrechen darin, Licht in dunkle Zeiten zu bringen. WikiLeaks' Bilanz von Genauigkeit und Au-

thentizität ist so tadellos, dass keine Zeitung, kein Fernsehsender, kein Radiosender, keine BBC, keine New York Times, keine Washington Post, kein Guardian sich damit messen kann. Vielmehr werden sie davon beschämt.

Deswegen muss er - Julian Assange - bestraft werden.

Zum Beispiel: Der Chagos-Archipel

Letzte Woche urteilte der Internationale Gerichtshof, dass die britische Regierung keine legale Macht über die Bewohner der Insel Chagos innehat, die in den 1960er und 1970er Jahren heimlich aus ihrer Heimat auf Diego Garcia im Indischen Ozean ausgewiesen und in Exil und Armut getrieben wurden. Unzählige Kinder starben damals, viele von ihnen aus Kummer. Dies war ein gewaltiges Verbrechen, von dem kam jemand etwas erfuhr.

Seit fast fünfzig Jahren verwehren die Briten den Inselbewohnern nun schon das Recht auf Rückkehr in ihr Heimatland, das diese den US-Amerikanern für einen Militärstützpunkt zur Verfügung gestellt hatten. Im Jahr 2009 ersann das britische Außenministerium ein "Meeresschutzgebiet" rund um den Chagos-Archipel.

Diese rührende Sorge um die Umwelt wurde als Betrug entlarvt, als WikiLeaks ein geheimes Telegramm der britischen Regierung veröffentlichte, in dem diese den US-Amerikanern versicherte, dass "man es den früheren Bewohnern schwierig bis unmöglich machen würde, ihre Forderung

nach einer Rückkehr auf ihre Insel durchzusetzen, wenn der gesamte Chagos-Archipel ein Meeresreservat wäre."

Die Wahrheit über dieses Komplott beeinflusste sicher die bedeutsame Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes.

Hillary Clinton und der Islamische Staat

WikiLeaks hat auch enthüllt, wie die USA ihre Verbündeten ausspionieren, wie die CIA alle über ihr i-Phone beobachten kann, wie Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton große Geldsummen von der Wall Street annahm, um geheime Vorträge zu halten, in denen sie den Bankern versicherte, sie würde zu ihnen halten, wenn sie gewählt würde.

2016 enthüllte WikiLeaks eine direkte Verbindung zwischen Clinton und dem organisierten Dschihadismus im Mittleren Osten, also mit Terroristen. Eine E-Mail offenbarte, dass die damalige US-Außenministerin Clinton enorme Spendenbeträge für ihre Stiftung von Saudi-Arabien und Qatar annahm, obwohl sie wusste, dass diese beiden Länder den Islamischen Staat finanzierten.

Danach bewilligte sie den weltweit größten Waffenverkauf der Geschichte an ihre saudischen Wohltäter - Waffen, die derzeit gegen die leidgeprüften Menschen im Jemen eingesetzt werden.

Deswegen muss er - Julian Assange - bestraft werden.

WikiLeaks hat auch mehr als 800.000 Geheimakten aus Rus-

sland - selbst aus dem Kreml - veröffentlicht und uns damit mehr über die Machtmechanismen dieses Landes verraten als die faden-scheinige Hysterie des Russiagate-Märchens aus Washington.

Echter vs. Vichy-Journalismus

Dies ist echter Journalismus - ein Journalismus, der nun als exotisch betrachtet wird: die Antithese eines Vichy-Journalismus, der für die Feinde des Volkes spricht und seinen Spitznamen von der Vichy-Regierung bekommen hat, die Frankreich im Namen der Nazis besetzt hat.

Vichy-Journalismus besteht in Zensur mittels Auslassung, so zum Beispiel beim verschwiegenen Skandal der geheimen Absprache zwischen der australischen Regierung und den USA, Julian Assange seine australischen Staatsbürgerrechte zu verweigern und ihn zum Schweigen zu bringen.

2010 ging Premierministerin Julia Gillard so weit, die australische Bundespolizei AFP zu beauftragen, im Fall Assange und WikiLeaks zu ermitteln und diese dann hoffentlich strafrechtlich zu verfolgen - bis die AFP sie davon in Kenntnis setzte, dass keine Straftat begangen worden war.

Julie Bishop - politisch primitiv, feministisch berühmt

Letztes Wochenende veröffentlichte der Sydney Morning Herald eine aufwendige Beilage, in der eine Feierlichkeit der "Me Too"-Bewegung am 10. März im Sydney Opera House beworben wur-

de. Unter den Hauptteilnehmern ist die kürzlich in den Ruhestand getretene Außenministerin Julie Bishop. Bishop war in der letzten Zeit öfter in den lokalen Medien zu sehen, die ihr Ausscheiden als Verlust für die Politik beklagten - jemand nannte sie gar eine bewundernswerte "Ikone".

Dass jemand, der politisch so primitiv wie Bishop ist, zur feministischen Berühmtheit erhoben wird, zeigt, wie die so genannte Identitätspolitik eine wesentliche, objektive Wahrheit untergraben hat: Letztendlich ist nicht das eigene Geschlecht wichtig, sondern die Klasse, der man dient.

Bevor sie in die Politik ging, arbeitete Julie Bishop als Rechtsanwältin. Einer ihrer Klienten war der berüchtigte Asbest-Unternehmer James Hardie, der Forderungen von Männern und ihren Familien abschmettete, die grauenvoll an der Krankheit Asbestose starben.

Der Anwalt Peter Gordon erinnert sich, dass Bishop "dem Gericht die rhetorische Frage stellte, warum Arbeiter sich bei Gericht vordrängeln durften, nur weil sie im Sterben lagen." Bishop sagt, sie habe "nach Anweisung gehandelt - professionell und ethisch."

Vielleicht handelte sie nur "nach Anweisung", als sie letztes Jahr mit ihrem ministeriellen Stabschef nach London und Washington flog. Er hatte angedeutet, dass die australische Außenministerin sich des Falles annehmen und hoffentlich den diplomatischen Prozess ins Rollen bringen würde, der Julian schließlich nach Hause bringen würde.

Julians Vater hatte einen bewegendem Brief an den damaligen Premierminister Malcolm Turnbull geschrieben, in dem er die Regierung darum bat, sich zum Zwecke der Befreiung seines Sohnes diplomatisch einzuschalten. Er schrieb Turnbull, er mache sich Sorgen, dass Julian die Botschaft möglicherweise nicht lebend verlassen würde.

Devotes Vasallentum

Julie Bishop hatte jede Möglichkeit in Großbritannien und in den USA, eine diplomatische Lösung zu präsentieren, die Julians Heimkehr ermöglichte. Dies hätte jedoch des Mutes eines Menschen bedurft, der stolz darauf ist, einen souveränen, unabhängigen Staat zu repräsentieren und nicht einen Vasallen.

Stattdessen machte sie sich nicht die Mühe, dem britischen Außenminister Jeremy Hunt zu widersprechen, als er empörenderweise äußerte, gegen Julian würden "schwerwiegende Anschuldigungen" erhoben. Welche Anschuldigungen? Es gab keine Anschuldigungen.

Die australische Außenministerin verletzte ihre Pflicht, sich für einen australischen Staatsbürger einzusetzen, der weder strafrechtlich verfolgt noch angeklagt wurde und sich nicht schuldig gemacht hatte.

Pseudo-Feminismus

Werden diese Feministen, die nächsten Sonntag vor dieser falschen Ikone im Opernhaus katzbuckeln, daran erinnert wer-

den, wie Bishop mit ausländischen Kräften konspiriert hat, um einen australischen Journalisten zu bestrafen - einen Journalisten, dessen Arbeit offengelegt hat, dass raffgieriger Militarismus das Leben von Millionen einfacher Frauen in vielen Ländern zerstört hat? Alleine im Irak gibt es nun nach der von den USA angeführten Invasion, an der auch Australien teilnahm, 700.000 Witwen.

Was also kann man tun? Eine australische Regierung, die bereit war, aufgrund einer öffentlichen Kampagne aktiv zu werden, um den Flüchtling und Football-Spieler Hakeem al-Araibi vor Folter und Verfolgung in Bahrain zu retten, ist auch in der Lage, Julian Assange die Heimkehr zu ermöglichen.

Die Weigerung des Außenministeriums in Canberra, sich an die Erklärung der UN zu halten, dass Julian das Opfer einer "willkürlichen Inhaftierung" ist und ein grundlegendes Recht auf Freiheit hat, ist eine beschämende Verletzung des Völkerrechts - inhaltlich und dem Geiste nach.

Warum hat die australische Regierung keinen ernstzunehmenden Versuch unternommen, Assange zu befreien? Warum ist Julie Bishop vor den Wünschen zweier fremder Mächte eingeknickt? Warum wird diese Demokratie durch ihre unterwürfigen Beziehungen beschmutzt und mit gesetzeswidriger fremder Macht infiltriert?

Die Verfolgung Julian Assanges ist unser aller Unterwerfung - die Unterwerfung unserer Unabhängigkeit, unserer Selbstachtung, unseres Intellektes, unseres Mit-

gefühls, unserer Politik, unserer Kultur.

Aktiv werden!

Also hören Sie auf damit, zu scrollen. Organisieren Sie sich. Besetzen Sie. Insistieren Sie. Seien Sie aufdringlich. Verschaffen Sie sich Gehör. Werden Sie aktiv. Seien und bleiben Sie mutig. Trotzen Sie der Gedankenpolizei.

Krieg ist nicht Frieden, Freiheit ist nicht Sklaverei, Ignoranz ist keine Stärke. Wenn Julian sich erheben kann, können auch Sie es: Wir alle können es.

John Pilger hielt diese Ansprache bei einer Kundgebung für Julian Assange am 3. März in Sydney. Sie erschien zuerst unter dem Titel "The Prisoner Says No to Big Brother" [1]. Der Artikel wurde von Gabriele Herb aus dem ehrenamtlichen Rubikon-Übersetzungsteam [2] übersetzt, vom ehrenamtlichen Rubikon-Kor-

rektoratsteam [2] lektoriert und erschien bei Rubikon - Magazin für die kritische Masse [3] unter CC BY 4.0.

Über den Autor

John Pilger, gebürtiger Australier, war viele Jahre Auslandskorrespondent und Kriegsreporter und ist heute Autor und Dokumentarfilmer. Er hat zahlreiche internationale Preise gewonnen, darunter die Goldmedaille der United Nations Association. Er ist einer von nur zwei Journalisten, die zweimal zum "Journalist of the Year", der höchsten Auszeichnung im britischen Journalismus, ernannt wurden. Seinen Dokumentarfilm "Cambodia Year Zero" aus dem Jahr 1979 zählt das British Film Institute zu den zehn wichtigsten Dokumentationen des 20. Jahrhunderts. Sein aktueller Film ist "The Coming War on China".

Anmerkungen:

[1] <https://www.counterpunch.org/2019/03/04/the-prisoner-says-no-to-big-brother/>

[2] <https://www.rubikon.news/kontakt>

[3] <https://www.rubikon.news/artikel/endlich-widerstand-2>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/medien/meinung/mmmsp0034.html>

MEDIZIN / KRANKHEIT / INFEKTION

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Impfpflicht gegen Masern

vom Humanistischen Pressedienst, 1. April 2019

Der Bezirk Rockland im US-Bundesstaat New York hat den Notstand aufgrund eines Masernausbruchs ausgerufen: Es wurden zuletzt 153 Fälle registriert, obwohl die Krankheit dort im Jahr 2000 für ausgerottet erklärt worden war. Aktuell treten auch in Deutschland vermehrt Masern auf. Aus diesem Grund kommt es derzeit zu Diskussionen über eine Impfpflicht.

Das Robert Koch-Institut (RKI) ist als zentrale Einrichtung der Bundesregierung auf dem Gebiet der Krankheitsüberwachung und -prävention zuständig für die Erkennung, Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten. Vor allem in den letzten Jahren ist es zu Häufungen von Maserninfektionen gekommen: 2017 wurden 929 Fälle vom Robert Koch-Insti-

tut übermittelt - 2016 waren es noch 325.

Der Chefarzt für die Abteilung Kinder- und Jugendmedizin im Helios Klinikum Berlin-Buch, Prof. Dr. Lothar Schweigerer, erklärt dazu: "Bei Masern handelt es sich um eine Virusinfektion, die zu schwerwiegenden Komplikationen führen kann, darunter

Mittelohr-, Lungen- und Gehirnentzündungen. Leider gibt es dagegen keine wirksame Behandlung."

Die Prävention mittels der Schutzimpfung ist und bleibt deshalb weltweit die empfohlene Maßnahme.

Eltern, die ihre gesunden Kinder nicht impfen lassen, gefährden auch diejenigen, welche aufgrund einer schweren Grunderkrankung keine Masernimpfung erhalten dürfen. Der Professor betont: "Nur bei einer Durchimpfungsrate von über 95 Prozent der Bevölkerung können auch die nicht geimpften Personen profitieren und haben Schutz vor bestimmten Infektionskrankheiten."

Allerdings gibt es zahlreiche Impfgegner, die eine Impfpflicht ablehnen. Sie argumentieren, dass das Selbstbestimmungsrecht Vorrang hat und das persönliche Abwägen von Nutzen und Risiken wichtig ist. Zulässig solle allein die Impfberatung beim Hausarzt/der Hausärztin des Vertrauens sein. Zahlreiche Eltern haben Angst, welche Nebenwirkungen oder Langzeitschäden eine solche Impfung bedeuten würde.

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung bestätigt jedoch, dass die Impfung trotz möglicher Impfreaktionen gut verträglich ist. Es kann bei etwa fünf von 100 Geimpften in den ersten Tagen nach der Impfung zu Rötungen oder Schwellungen der Einstichstelle kommen. Da es sich um eine Lebendimpfung mit abgeschwächten Viren handelt, können bis vier Wochen nach der Impfung bei zwei bis fünf Prozent der Geimpften leichte "Impf-Masern", die jedoch nicht übertragbar sind, beobachtet werden. In sehr seltenen Fällen kann

sechs bis acht Jahre nach einer Masernerkrankung die subakute sklerosierende Panenzephalitis (SSPE) auftreten.

Prof. Schweigerer sagt: "Die Sterberaten von Kindern im letzten Jahrhundert haben erheblich abgenommen. Verantwortlich dafür sind insbesondere die Verfügbarkeit von Antibiotika und die Einführung von Hygienemaßnahmen und Impfprogrammen für Kinder."

Der Chefarzt bedauert die nachlassende Impfdisziplin in der jüngsten Vergangenheit, welche zu den bekannten Masernausbrüchen geführt hat. Er sagt daher: "Kinderärzte raten dringend dazu, die kostenfreien Impfungen wahrzunehmen. Nur so können wir den hohen Standard der Kindergesundheit weiter garantieren. Außerdem müssten Menschen geschützt werden, die aus medizinischen Gründen nicht gegen Masern geimpft werden könnten."

Zum Schutz vor Infektionskrankheiten werden in Deutschland Empfehlungen für Impfungen durch die Ständige Impfkommission (STIKO) am Robert Koch-Institut (RKI) auf Grundlage von infektionsepidemiologischen Erkenntnissen vorbereitet. Gemäß Paragraph 20 Abs. 2 Satz 3 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) werden wichtige Hinweise zur Durchführung von präventiven Maßnahmen wie den Schutzimpfungen gegeben. Dabei gibt die STIKO keinen Verweis auf spezielle Impfstoffe, sondern informiert über die Durchführung von Schutzimpfungen, die präventiv gegen Krankheiten wie Masern helfen können.

Diese Impfeempfehlungen werden jährlich im Impfkalendar dargestellt. Der Kalender beinhaltet Imp-

fungen gegen Diphtherie, Tetanus, Pertussis, Haemophilus influenzae Typ B, Hepatitis B, Poliomyelitis und Pneumokokken, die ab der achten vollendeten Lebenswoche möglich sind. Es folgen ab dem zweiten Lebensjahr Impfstoffe gegen Masern, Mumps, Röteln, Varizellen und Meningokokken der Serogruppe C. Sogenannte Auffrischimpfungen werden im Kindes- und Jugendalter empfohlen.

Über den Autor

Der Humanistische Pressedienst (hpd) präsentiert aufklärerische, humanistische und freigeistige Positionen zu aktuellen Ereignissen. Das Internetportal will konfessionsfreien Menschen - in Deutschland ein Drittel der Bevölkerung - eine Stimme geben. Der hpd versteht sich als Plattform für das breite Spektrum säkularer Bestrebungen, mit deren Akteuren er bestens vernetzt ist und zu deren Meinungsbildung er beitragen möchte.

Erstveröffentlichung:

<https://hpd.de/artikel/impfpflicht-gegen-masern-16661>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0

<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur

Pressenza - Büro Berlin

Reto Thumiger

E-Mail: redaktion.berlin@pressenza.com

Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/medizin/krankheit/m4if1803.html>

KINDERBLICK / NATURKUNDE / VORSICHT

Trinkwasser - Vorkommen und Verteilung ...

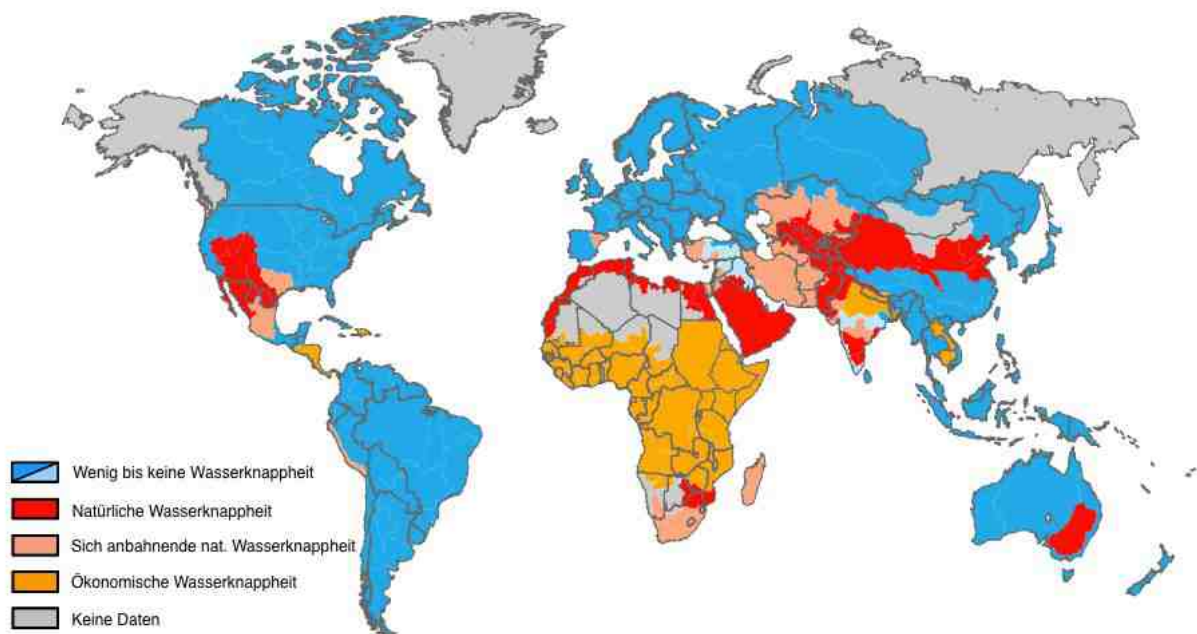
(SB) 2. April 2019 - Vielleicht hat der eine oder andere im letzten Sommer (2018) eine Ahnung davon bekommen, wie es sein könnte, wenn über längere Zeiträume die Temperaturen ungewöhnlich hoch sind und es dauerhaft trocken bleibt. Wir leben in Deutschland in Breitengraden, in denen es noch relativ häufig regnet und die Grundwasserreservoirs gut gefüllt sind, aus denen immerhin rund zwei Drittel des Trinkwasserbedarfs unserer Bevölkerung gedeckt werden.

Wie aber sieht es in anderen Regionen der Erde aus? Im neusten Weltwasserbericht von 2019, der jedes Jahr kurz vor dem Weltwas-

sen keine sicheren Sanitäreinrichtungen nutzen können. Das bedeutet, dass das Abwasser nicht gereinigt und zum größten Teil wieder in Flüsse und Seen geleitet werden. Um an Trinkwasser zu gelangen, müssen 884 Millionen Menschen täglich mindestens eine halbe Stunde Weg zurücklegen und die gefüllten Behälter wieder zu ihrer Wohnstätte bringen. Diese Arbeit erledigen überwiegend Frauen und Kinder. Oft müssen die Strecken auch zwei- bis dreimal am Tag gegangen werden, um den Bedarf der Familie zu decken. Hinzu kommt, dass das Wasserholen nicht ungefährlich ist. In den Gebieten der Erde, wo extreme Dürre herrscht und das täglich-

reichbaren Wasservorkommen zu gelangen. Dabei sind eine sichere Versorgung mit Wasser und sichere sanitäre Einrichtungen Menschenrechte, doch für Milliarden Menschen sind diese Rechte nicht verwirklicht.

Die Grafik zeigt Länder in Afrika, Indien, im Nahen Osten, in Australien und Amerika mit Regionen natürlicher Wasserknappheit, sich abzeichnender Wasserknappheit und Wasserknappheit, die durch ungerechte Verteilung zustande kommt - Foto: 2018, by BBC News [CC BY-SA 4.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>)], via Wikimedia Commons



sertag am 22. März veröffentlicht wird, heißt es, dass 2,1 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem und durchgängig verfügbarem Trinkwasser haben. Hinzu kommt, dass 4,3 Milliarden Men-

che Überleben vom Wasser abhängt, kämpfen Menschen um das lebenspendende Nass und viel öfter als wir uns das vorstellen können, töten sie sich, um als erster an die seltenen, schwer er-

Die Karte zeigt Gebiete mit Wasserknappheit an
Foto: 2018, by BBC News [CC BY-SA 4.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>)], via Wikimedia Commons

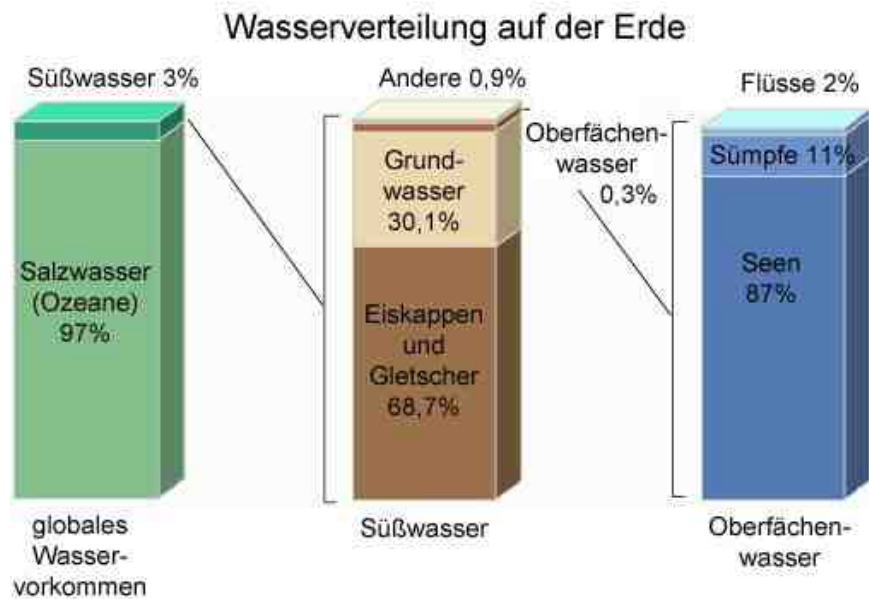
Im Folgenden soll untersucht und geprüft werden:

- wie wichtig sauberes Trinkwasser für das Leben von Menschen, Tieren und Pflanzen auf der ganzen Welt ist,
- wie bedeutsam Wasservorkommen und -speicher für das Ökosystem Erde sind,
- wie weitreichend die Folgen von verschmutzten Flüssen und Seen für die Trinkwasserversorgung sind,
- wie unbedingt notwendig eine effektive Abwasserreinigung ist,
- auch die Bedeutung, die dem Bau von Sanitäranlagen (Toiletten und Waschgelegenheiten) im Zusammenhang mit der Reinhaltung von Trinkwasser zukommt.

Besondere Aufmerksamkeit gilt der Frage, ob Trinkwasser in private unternehmerische Hände gelangen darf und Menschen der Zugang zu Wasserquellen verweigert werden kann. Zum Schluss dieser kleinen Reihe über Trinkwasser werden Projekte vorgestellt, wie Trinkwasser gewonnen werden kann, beispielsweise mit jahrhundertealten Technologien oder mit Hilfe neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse.

Das Süßwasservorkommen auf der Erde

Zur Veranschaulichung: es wird angenommen, dass diese 71% die Menge von ca. 1.386 Kubikkilometer Wasser ausmachen und damit ungefähr 97% des weltweit vorhandenen Wassers überhaupt. Dabei handelt es sich allerdings um Salzwasser, das nicht trinkbar und somit für Mensch, Tier und Pflanze nicht nutzbar ist. Nur ein ganz kleiner Teil des Wassers, nämlich 2,5%, ist Süßwasser, al-



Wasserverteilung auf der Erde

Grafik: 1996, USGS [Public domain], via Wikimedia Commons

so das unentbehrliche Nass für alle Lebewesen auf der Erde. Eigentlich wäre das schon viel, doch ein weiterer großer Anteil des Süßwassers bleibt gefroren im ewigen Eis und Schnee der Polkappen und Gletscher und steht damit als Trinkwasser nicht direkt zur Verfügung. Hinzu kommt noch die Menge an Wasser, die als Grundwasser, das sich im Erdreich befindet, nicht so einfach zugänglich ist.

Von den 2,5% Süßwasser sind:
 0,01 % Wolken, Regen, Schnee und Hagel
 0,3 % Flüsse, Bäche, Seen
 30,8 % Grundwasser
 68,9 % Gletscher, Eis der Polkappen

Es bleibt also nicht viel übrig und das was bleibt ist zudem noch sehr ungleichmäßig über den Erdball verteilt. So ist es zu verstehen, dass Wassermangel eines der größten Probleme auf der Erde ist, denn Süßwasser vermehrt sich nicht, es handelt sich um eine endliche Ressource.

Wasserknappheit hat viele Ursachen

Ogleich es den Anschein hat, als hätten wir nur ganz wenig Wasser zum direkten Verbrauch, würde diese Menge doch für Mensch, Tier und Pflanze auf unserer Erde ausreichen. Also, wie kommt es, dass ca. 2,1 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberen und durchgängig verfügbarem Trinkwasser haben? Ein Grund sind mit Sicherheit die sehr unterschiedlichen geologischen und geophysikalischen Lebensräume. Weite Wüstengebiete, Steppen, Savannen, Sand- und Gesteinswüsten und die Eisgebiete zählen zu den trockenen Regionen dieser Erde, in denen nur wenig Niederschlag fällt und auch nur in einigen Monaten des Jahres. In den Ländern, die von großen Gebirgszügen durchzogen sind, werden die am Fuß der Gebirge liegenden Böden mit Quell- und Schmelzwasser versorgt. Auch werden Flüsse und Seen mit Wasser aus den Gebirgen gespeist. In wieder anderen Gebieten, beispielsweise

in Indien, fällt in wenigen Wochen unglaublich viel Regen, während der sogenannten Monsun-Regenzeit. Hier haben Menschen die Möglichkeit, Wasser zu sammeln und zu speichern. Dann wieder regnet es in vielen Ländern sehr viel oder sie werden im Winter mit Schnee bedeckt. In den Regenwaldgebieten um den Äquator herum, sind die Niederschlagsmengen sehr reichlich, wie die Bezeichnung "Regenwald" schon verrät.

Grundwasser hingegen lässt sich nahezu überall finden, wenn auch in unterschiedlichen Tiefen und Mengen und es ist nicht immer einfach, Brunnen zu graben oder Pumpen zu installieren. Soviel erst einmal zu den gegebenen unterschiedlich vorkommenden Wassermengen. Trotz der Schwierigkeiten ist es den Menschen über viele Jahrhunderte in nahezu allen Regionen dieser Erde gelungen, mit den vorhandenen Wasservorkommen irgendwie auszukommen. Warum

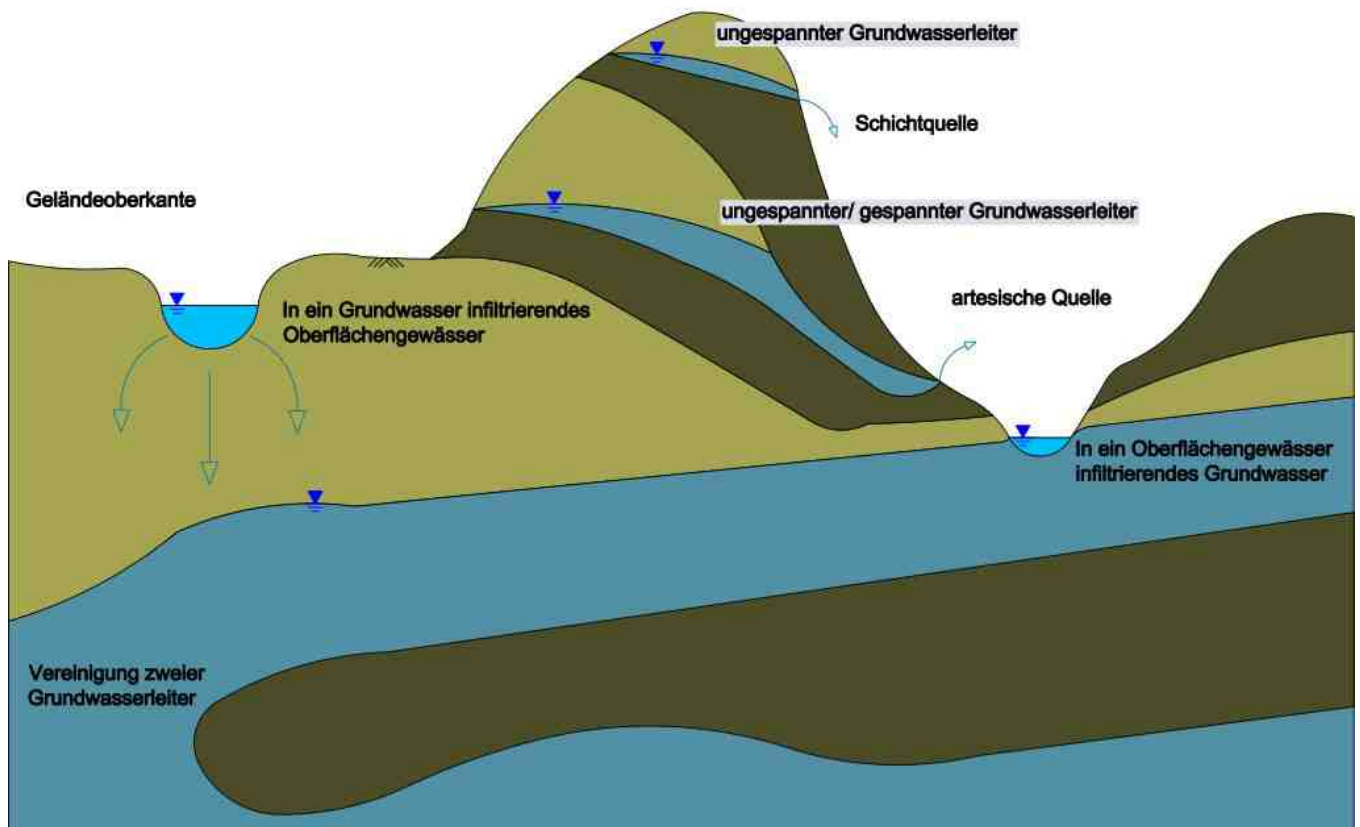
Diesem Artikel liegen folgende Quellen zugrunde:

<https://www.unesco.de/presse/presse-material/un-weltwasserbericht-2019>

<https://www.scinexx.de/news/geowissen/geteilte-suesswasser-welt/>

<https://www.energiesparer.org/wasser/trinkwasser>

<http://www.schattenblick.de/infopool/kind/natur/knvs0014.html>



Grundwassersystem:

Die Grafik zeigt, wie Grundwasser unter der Erde verläuft und wie durch Oberflächenwasser und Niederschläge, die einsickern, der Grundwasserspiegel wieder erhöht werden kann

Grafik: 2013 by Radian (own work) [CC BY 3.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/>)], via Wikimedia Commons

funktioniert das heute nicht mehr?
Was hat sich verändert?

Im nächsten Teil gehen wir zunächst der Frage nach, ob wirklich die weltweit wachsende Bevölkerungszahl für die Wasserknappheit verantwortlich gemacht werden kann?

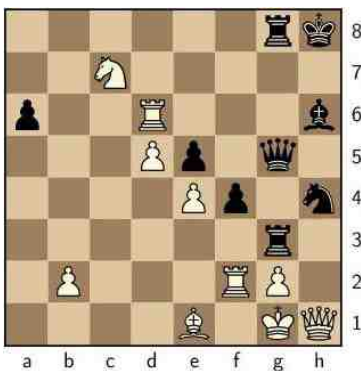
Fortsetzung folgt ...

**Wissenswertes für
Wissensdurstige siehe:**

http://www.schattenblick.de/infopool/kind/ip_kind_natur/wissensdurst.shtml.shtml

SCHACH - SPHINX**Königsindische Kerntuppen**

(SB) - Seit den 1960er Jahren erfuhr die Königsindische Verteidigung einen Riesen-Aufschwung dank der Erfolge solcher Großmeister wie Efim Geller, Michael Tal, Svetozar Gligoric, Miguel Najdorf und natürlich Bobby Fischer, die diesem System den letzten Schliff gaben. In den 1970er und frühen 1980er Jahren sah man sie allerdings seltener auf den Turnieren. Ihre Behandlung erfordert ein ungemein feines und auch ausgeprägtes Gespür für winzige Details. Trotz der Geschlossenheit in der überwiegenden Mehrheit ihrer Varianten kann ein schwacher oder ungenauer Zug rasch in eine Verluststellung einmünden. Nach ihrer relativen Vergessenheit führte sie Profi-Weltmeister Garry Kasparow zu neuen Ehren. Im heutigen Rätsel der Sphinx griff der ungarische Großmeister Gyula Sax zu ihr, um die weiße Stellung des Engländers Tony Miles zu erschüttern. Sax hatte sich auf dem Königsflügel eine ziemlich beeindruckende Angriffsposition aufgebaut. Für ein Umlenken in eine positionelle Handhabung der Stellung war es längst zu spät. Der Angriff mußte durchdringen, sonst entscheiden die weißen Freibauern, denn auch der schwarze a6-Bauer war ein unrettbarer Todeskandidat. Nun, Wanderer, konnte Sax am Zuge aus der massiven Konzentration seiner Streitmacht Nutzen ziehen?



Miles - Sax
London 1980

*Auflösung des letzten
Sphinx-Rätsels:*

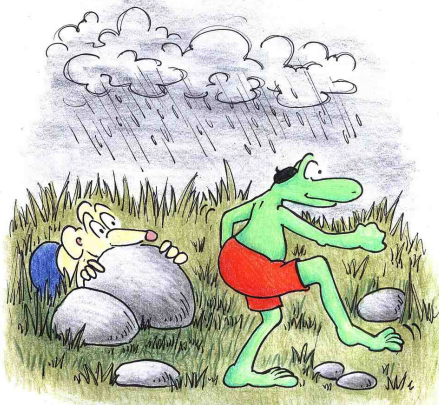
Gebundene Freibauern besitzen eine schier unaufhaltsame Kraft, und genau darauf setzte Viktor Kortschnoj, als er sich zu 1.Dc2-c5! entschloß. Eine Entscheidung, die äußerst treffsicher war: 1...Da5-b6 2.Se7-c8! Db6xc5 3.d4xc5 Tf8xc8 - erzwungen, da die beiden vorgeschobenen weißen Bauern sonst leicht zum Gewinn führen - 4.b7xc8D+ Tb8xc8 5.Tf1-d1 Lh6-g5 6.b2-b4 - die Majorität auf dem Damenflügel gibt

den Ausschlag - 6...Tc8-d8 7.Lg2-d5 e5-e4 8.e2-e3 Lg5-f6 9.Kg1-f1 Lf6-e5 10.Kf1-e2 f7-f5 11.h2-h3 g7-g6 12.Ld5-c4 - zweckdienliche Vereinfachung - 12...Td8xd1 13.Ke2xd1+ Kh8-g7 14.Kd1-c2 Kg7-f6 15.Kc2-b3 h7-h5 16.Kb3-a4 Kf6-e7 17.Ka4-b5 Le5-b2 18.Kb5-a6 Lb2xa3 19.c5-c6 und Schwarz gab auf wegen 19...La3xb4 20.c6-c7 Ke7-d7 21.Ka6-b7

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06885.html>

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN**Und morgen, den 3. April 2019**

+++ Vorhersage für den 03.04.2019 bis zum 04.04.2019 +++



© 2019 by Schattenblick

Wolken viele,
Regen leicht,
Naßgrasspiele,
Jean-Luc schleicht.

IMPRESSUM

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
ISSN 2190-6963

Elektronische Zeitung Schattenblick

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel
Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.